



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

«Der Mensch als Schöpfer und Geschöpf der Kultur»

Warum das Lernen von Eltern und Vorfahren lebenswichtig ist

von Moritz Nestor, Psychologe

«Nicht der Glückliche ist dankbar,
sondern der Dankbare ist glücklich.»
(Sprüche 15, 15)

Dass Kinder von den Erfahrungen der Eltern- und Vorfahren lernen, ist nicht nur für das einzelne Kind lebensnotwendig. Es wirkt sich letztlich auf alle Bereiche einer Kultur aus. Denn die heranwachsende Generation wird einmal als tragende Säule der Kultur Verantwortung übernehmen müssen, und ihre sozialen Kompetenzen sind dann dringend gefragt. Eliane Perret hat dieses Problem in ihrem Artikel («Weisst du, wenn du es so machst, wird es gut gehen ...») – Warum wir unsere Erfahrung an die nächste Generation weitergeben müssen» in Zeit-Fragen Nr. 27 vom 30. November 2021) aus der Sicht von Psychologie und Pädagogik beleuchtet. Hier soll es darum gehen, welche Bedeutung die Erziehung für die Kulturtradition hat.

Als Folge eines sich ausbreitenden verwöhnenden Erziehungsstils nehmen seit Jahrzehnten schon Störungen im kindlichen Spracherwerb sowie in der motorischen und sozialen Entwicklung zu. Am deutlichsten tritt das bei der zunehmend mangelhaften Aussprache vieler zutage. Bedenkt man, dass das Kind Denken und Sprechen im ständigen Dialog mit den Eltern erwirbt, eingebunden in und emotional getragen von der vertrauten Beziehung zu ihnen, stellt sich die Frage: Warum fehlt in unserer Kultur dieser Dialog oder ist doch bedenklich reduziert? Eine aktuelle wissenschaftliche Studie weist darauf hin, dass sich viele Kinder heute nicht mehr vertieft auf ein Spiel einlassen können. Das bedeutet ebenfalls, dass oft sehr grundlegende Entwicklungsvorgänge gestört sind, die Voraussetzung sind für die Ausbildung der Lernfähigkeit einer gesunden kindlichen Persönlichkeit. Eliane Perret bringt in ihrem Artikel die Folgen auf den Punkt: «Es wächst eine Generation von Prinzen und Prinzessinnen heran, die sich wenig um die Belange der Gemeinschaft kümmern, sondern auf ihrem exklusiven Status bestehen.» Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn ihre Kinder immer weniger von den Erfahrungen der Eltern- und Vorfahren lernen wollen?

Nur weil die Kultur sie trägt, werden die Menschen lebensfähig

Das typische Verhalten jeder Tierart «bricht in jedem Individuum von selbst auf Grund ererbter Instinktanlagen durch». Doch die Gleise, in denen sich das menschliche Leben vollzieht, sind unser eigenes Werk. «Die Natur des Menschen ist Kultur», sagt der Anthropologe Adolf Portmann. Er kann die ganze Welt forschend zu seiner Umwelt machen und formt im Zusammenleben mit den Mitmenschen die Natur zur «zweiten Natur» um, zur Kultur. Die Umwelt des Menschen ist immer die jeweilige von ihm umgestaltete Natur: die «Gemeinschaftssphäre» (Portmann). Eben deshalb aber «ist der Einzelne, dessen Schaffenskräfte ja begrenzt sind, notwendig darauf angewiesen, dass andere ihm schon vorgearbeitet haben und dass er von dem von ihnen Geleisteten mit profitieren darf», wie der Kulturanthropologe Michael Landmann 1961 in seinem leserwertigen Buch «Der Mensch als Schöpfer und Geschöpf der Kultur» schreibt. «Als Kulturwesen ist er notwendigerweise Traditionswesen.» (Landmann, S. 19) Der Mensch ist «in seinem gesamten Bau auf das umhüllende Medium der



... gehalten von der Kultur. (Bild zvg)

Kultur hingeordnet, er ist in sie gewissermassen ähnlich eingebettet wie der Fisch ins Wasser und der Vogel in die Atmosphäre. Nur dank der Gehaltenheit durch sie steht er aufrecht, nur weil sie ihn trägt, wird er lebensfähig». (Landmann, S. 22)

Der Mensch ist zunächst Geschöpf seiner Kultur

Der Mensch ist aber nicht für eine einzige Kulturform bestimmt. Der Mensch ist «eine unvollendete offene Frage, auf die er sich selbst in den Kulturen ebenso viele Antworten erteilt». (Landmann, S. 27) Die gesellschaftliche Ordnung und die sozialen Einrichtungen, Sitten und Gebräuche, Menschenbild, Religion, Kunst, Literatur, Technik und Wissenschaften – die gesamten Verhaltens- und Verlaufsformen des Lebens und die weltanschaulichen Haltungen in einer Kultur sind «geronnenes Schöpfertum unserer Ahnen. Worauf das Leben des Spätlings basiert, das wurde von ihnen seinerzeit hervorgebracht und hat sich dann institutionalisiert». (Landmann, S. 23)

Die ganze Vielfalt der jeweiligen Kultur, in die ein Kind hineingeboren wird, wird zunächst in und durch die Familie an es weitergegeben, später dann durch Kindergarten, Schule, Ausbildung, Vereine und Gemeindeleben. Es lernt nicht die Sprache, sondern immer die Sprache seiner Kultur, eben seine Muttersprache. Und auch nicht das Denken, sondern das Denken und Fühlen seiner Kultur usw. Und das ist in jeder Kultur wieder anders. Immer aber ist das werdende Kind zunächst ganz Geschöpf seiner Kultur und lernt alles durch Identifikation mit seinen Eltern und Lehrern. Es muss ja alles lernen, kann «gar nicht alles selbst hervorbringen, denn jeder Mensch [...] wird nicht nur mit der menschlichen Begabung des Hervorbringens geboren, sondern er wird immer bereits in die getreulich festgehaltenen und den Folgegeschlechtern weitergegebenen Hervorbringungen früherer Geschlechter hineingeboren, die sich ihm hilfreich zur Verfügung stellen. Immer sind wir bereits Erben einer Vorwelt, die ihrerseits schon Kenntnisse erworben und lebenserleichternde Einrichtungen geschaffen und sie in einem langwährenden kumulativen Prozess angehäuft hat». (Landmann, S. 18f.)

Die grosse Abhängigkeit des Kindes ist ein Vorteil

Diese «kulturelle Vererbung» durch Tradition ist im Gegensatz zur genetischen Vererbung unvergleichlich formbarer. «Unser gesamtes Denken und Handeln, und selbst das Allerintimste, selbst unser Beten und unser Lieben, alles gewinnt [...] erst durch sie seine Gestalt.» (Landmann, S. 20) Auch der gesellschaftlich vorherrschende Erziehungsstil ist «geronnenes Schöpfertum» der Vorfahren. Der Aufbau und die Weitergabe aller Kulturgüter geschehen in und durch Sprache. Sie selbst ist eine Schöpfung über Jahrtausende hinweg von den aufeinanderfolgenden Generationen. Ohne sie versiegt die Weitergabe einer Kultur.

Was von Menschen an Kultur geschaffen und tradiert wird, unterliegt keinem irgendwie gearteten Geschichts- und Naturprozess, der automatisch zu immer gerechteren Institutionen und Werthaltungen führen muss. Es entspricht aber genauso dem menschlichen Wesen und liegt grundsätzlich immer in unserer Macht, Tradiertes zu überdenken, zu verbessern, weiterzuentwickeln und neue Wege einzuschlagen.

Ehe der Mensch aber in den späteren Jahren eigenständig denken lernt, ist er während einer langen Kindheitsperiode vollkommen Geschöpf seiner Kultur in Person seiner Eltern und Lehrer, die es in den Lebensstil und die geistigen Haltungen seiner Kultur und deren Reichtum einführen. Das Kind ist vollkommen abhängig von den sozialen und erzieherischen Kompetenzen seiner in die Kultur eingebetteten Familie. Aber dies ist ein eigentlicher Vorteil. Denn der Nachgeborene findet nun die «gesammelte Fülle dieses Reichtums der Generationen, wie der Einzelne ihn in seinem kurzen Leben niemals erarbeiten könnte» vor, er ist «Nutzniesser dieses Reichtums, er braucht bloss in die ihm schon seit alters vorbereiteten Ordnungen und Bahnungen hineinzuwachsen, in denen dann auch sein Leben verlaufen wird. Und nur weil er dies darf, nur weil er ausgetretene Pfade benutzen darf, die ihn von sich auch lenken und ihn wie von selbst seinem Ziel zuführen, nur deshalb, und nicht aus seinen nur eigenen Kräften und Fähigkeiten heraus, vermag er sich einmal überhaupt am Leben zu erhalten und sodann sein Leben auf

eine immer höhere Stufe zu steigern». (Landmann, S. 18f.)

Vom autoritären zum verwöhnenden Erziehungsstil – und die Folgen

Auch die Eltern waren einmal Geschöpfe ihrer Kultur und der Erziehungstradition ihrer Vorfahren. Unter dem Einfluss des Zeitgeistes formen sie diesen eigenschöpferisch um, wenn sie einmal selbst Kinder haben. So ist aus manch einem der autoritär Erzogenen der fünfziger und sechziger Jahre unter dem Einfluss gesamtgesellschaftlicher Verschiebungen und Brüche in den kulturellen Werten und Normen ein «antiautoritärer» Erzieher oder gar «Antipädagoge» geworden, der seine Kindern «freier» erziehen wollte – und das auch getan hat. Doch aus jenen Tagen, als er noch «Geschöpf» der Erziehungstraditionen seiner Eltern war, lebten in ihm immer noch unerkannte verinnerlichte Reste aus der Erziehungstradition der alten Kultur, die immer auch in sein Erziehungsverhalten einfließen. Oft führte das zu typischen Abläufen: Im wohlmeinenden, von Liebe getragenen Bemühen, nicht streng oder unterdrückend sein zu wollen, worunter man bald schon jeden normalen Anspruch auf Autorität als Lebenserfahrener verstand, wollten immer weniger Eltern gegen Ende des Jahrhunderts jene Haltung einnehmen, welche die Tiermutter instinktgeleitet einnimmt: Rudelführerin. Sie wollen nicht «streng» sein, sind besorgt, ob die Kleinen mit ihnen «zufrieden» sind, wollen das Kind frei gedeihen lassen und halten Verhaltenskorrekturen schnell für «autoritär». Ein verwöhnender Erziehungsstil setzte sich langsam durch.

Gerade weil wir Menschen alles lernen müssen, um eigenständig leben zu können, muss man die Folgen abschätzen, was es bedeutet, wenn auf Grund eines kulturellen Wertewandels die Tradierung von Erfahrung an die nächste Generation abnimmt oder versiegt. Denn eine Kultur kann nur durch Erziehung und Bildung von Generation zu Generation weitergegeben und unterhalten werden. Am deutlichsten zeigt sich das bei der Sprache. Alles, was eine menschliche Kultur im Laufe ihrer Geschichte geschaffen hat, das lebensnotwendige dichte Netz von Werten, Werthaltungen, menschengemachten Regeln und Gesetzmässigkeiten, wurde durch Sprache geschaffen und kann nur durch Sprache gelernt werden. Nimmt das Lernen der Erfahrungen ab, vor allem auch durch das Verkümmern der Sprache, dann wird das alle umfassende Band der Kultur schwächer. Letztlich ein irreversibler Prozess mit tragischen Folgen für den sozialen Zusammenhalt in allen Bereichen des Gemeinschaftslebens, letztlich auch für den Staat als Mittel der Kultur zur Sicherung eines sicheren gerechten Friedenszustandes.

Die menschliche Kulturbildung ist einmalig in der Natur

Der Mensch ist frei zu tun und zu lernen, was er will. Doch nur innerhalb der Grenzen der Natur. Die menschliche Natur als Kultur- und Traditionswesen ist eine naturgegebene Tatsache. Je sozialer die Lebensweise von Tieren ist, desto weniger lebt eine Art nicht rein trieb- und instinktgesteuert, sondern ist auch aus einer Innerlichkeit heraus fähig, als Subjekt selbst wahrzunehmen, zu erleben und zu handeln. Vor allem bei den höheren Säugetieren beobachtet man daher soziales Lernen.

Fortsetzung auf Seite 2

«Der Mensch als Schöpfer ...»

Fortsetzung von Seite 1

Soziale Bindungen sind für die gesunde Entwicklung der Neugeborenen in allen Primatenarten lebensnotwendig. Unterschiedliche Affenhorden entwickeln sogar unterschiedliche Verhaltensformen, die über Generationen weitergegeben werden. Man spricht daher von Affen-«Kulturen». Die menschliche Kulturbildung ist aber einmalig in der Natur.

Wir sind nicht genetisch an eine Umwelt angepasst, sondern können uns an alle Lebensbedingungen der Erde anpassen, indem wir alles, was uns am Leben erhält, durch Kooperation mit unseren Artgenossen erschaffen. Das geschieht immer in Kulturen, die auch die Sprachen entwickeln, die den Kulturaufbau erst ermöglicht. Jede kulturelle Einheit gestaltet so Bereiche in der Welt, die wir «bewohnen», die wir verstehen und die uns vertraut sind und in denen das Leben der Art geschützt ist – und alles in und durch eine individuelle Sprache. Das Menschenkind wird «weltoffen» geboren mit starken bild- und erziehbaren sozialen Anlagen und einem nahezu unbegrenzten Lernvermögen. Es ist von Anfang an mit wachen Sinnen darauf ausgerichtet, von den Eltern zu lernen, wie Menschen sind und wie sie sich verhalten und wie die Erwachsenen das Leben in dieser unbekannteren Welt bewältigen und wie beschaffen diese Welt ist. So wächst es in seine Kultur hinein.

Kulturen als je individuelle Antworten auf die Lebensaufgaben

Es lernt alle Lösungen, die seine Kultur entwickelt hat, um das Leben zu sichern, als wären es natürliche Mittel. Erst später, wenn es andere Lebensformen kennenlernt, beginnt es zu begreifen, dass alles gelernt ist, was es bis anhin für natürlich hielt. Die Lösungen seiner Kultur für die Grundfragen des Lebenserhalts und des Zusammenlebens sind anders als andere Lebensformen in anderen Kulturen.

Doch alle Kulturen stehen unter dem gleichen Druck, den die Natur setzt: das Leben schützen und erhalten, der Schutz der Alten, Kranken und Schwachen, Ernährung, Kleidung, Schutz vor Witterung, das Leben weitergeben durch die Familie, das Lernen der Liebe, die Sorge um die sichere und gerechte Form des Gemeinschaftslebens, der Aufbau von Freundschaften und das Lernen, in kleinen Gruppen zu kooperieren usw. *Alfred Adler* hat es einmal zusammengefasst in die drei Bereiche: Liebe, Arbeit und Gemeinschaft. Und die höchsten zivilisatorischen Leistungen, die besten kulturellen Lösungen haben die Kulturen geschaffen, die bei ihren Lösungen das Ziel der Humanität, der Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe in allen ihren Kulturschöpfungen anstrebten und verwirklichten.

Kulturelles Wachstum durch die Lehren aus der Erfahrung der Vorfahren

Diese humanen Werte einer friedlicheren Kultur, ihr Lebensstil und ihr Menschenbild werden von einer Generation zur nächsten durch Tradition vererbt. Im jeweiligen Stand der kulturellen Entwicklung zeigt sich die aufbauende Zusammenarbeit von vielen Generationen in der Geschichte. Diese Art und Weise des kulturellen Wachstums ist arttypisch für den Menschen und findet sich bei keiner anderen Art. Den Lehrer im weitesten Sinn des Wortes kennt nur der Mensch. Nicht jede Generation muss wieder von vorne anfangen, alles zu erlernen. Die Lehrer, zu denen natürlich vor allem auch die Eltern als die ersten Lehrer gehören, können anderen vielmehr die Erfahrungen und das Können von Generationen in der Geschichte in Form von Wissen vermitteln. Und die neuen Mitglieder einer menschlichen Gemeinschaft bringen das Beobachtungslernen durch Identifikation bereits mit auf die Welt und sind so von der Natur bestens ausgerüstet, um von der Eltern- und Grosselterngeneration die in dem kulturellen Reichtum enthaltenen Erfahrungen der Vorfahren zu lernen.

Der natürliche Generationenvertrag und der Wert der Erfahrung ...

Dabei bindet ein natürlicher «Vertrag» die aufeinanderfolgenden Generationen: Ohne den Menschen kann der Mensch nicht Mensch werden. Alles Gemeinschaftsleben

des Menschen ist immer, aber gerade auch in der ersten und letzten Lebensphase zerbrechlich und in hohem Masse auf Beistand und Hilfe angewiesen. Der grosse Wohlstand und ein auf Lust und Genuss ausgerichteter Lebensstil verdecken aber immer mehr den Blick auf die reichen Lebenserfahrungen der alten Menschen. Sie haben, aktiv im Leben stehend, durchlebt, was es heisst, eine ganze Lebensspanne gelebt zu haben. Der am Lebensanfang stehende junge Mensch ist dazu noch nicht imstande. Die alten Menschen, die seine Lehrer sein können, sind noch lebende Zeitzeugen der Vergangenheit. Gerade sie tragen dazu bei, dass die kulturelle Entwicklung nicht abbricht, wenn sie ihre Erfahrungen und die ihrer Vorfahren der nachfolgenden Generation vermitteln. Aus der grösseren Ruhe, zu welcher der alte Menschen fähig ist, weil er einen Überblick über das Leben gewonnen hat, stammt das, was wir die Weisheit des Alters nennen können. Gerade die jüngere Generation kann von ihnen lernen, um die eigenen kleinen und grossen Sorgen des Einstiegs ins Leben durch den lebenserfahrenen realistischen Blick des alten Menschen ruhiger und sicherer zu gewichten.

... und der Schock, wenn er zerbricht!

Wir Menschen verdanken der Generation unserer Eltern und Grosseltern unser Leben, das sie uns geschenkt haben. Durch ihre Hilfe und Sorge konnten wir Mensch werden. Jeder fühlt daher in sich eine tiefe Verpflichtung aus Dankbarkeit, ihnen heute das zurückgegeben zu wollen, was uns einst von ihnen gegeben worden ist – gegeben aus Liebe, ohne dass wir darum gebeten hätten. Dieser unsichtbare Vertrag bindet die Generationen natürlicherweise aneinander. Er bildet den Kern unserer Sozialnatur. Wie uns damals als Kindern, so steht der alte Mensch heute für die gleiche volle Einsatz und die gleiche liebevolle Sorge zu, wie wir sie einst von ihr gerne empfangen haben. Das ist das na-

«Wenn man sich bewusst wird, dass alles, was wir zum Leben haben, ein Gemeinschaftswerk ungezählter Generationen über viele Jahrhunderte hinweg ist, ein Aufbau, den keine Generation und schon gar nicht ein Mensch alleine bewältigen kann, dann rückt etwas ins Zentrum, was heute unterzugehen droht: Ich habe als Mensch allen Grund, dankbar zu sein gegenüber meinen Vorfahren, denn ohne sie wäre ich nicht. Und ich will das, was mir geschenkt wurde, als ich in diese Welt hineinwuchs, der nächsten Generation verbessert weitergeben.»

türliche Recht der alt gewordenen Elterngeneration. Dieser Generationenvertrag ist unkündbar. Wir können gegen ihn verstossen, aber die «irrigte Meinung eines Menschen über sich und über die Aufgaben des Lebens stösst früher oder später auf den geharnischten Einspruch der Realität, die Lösungen im Sinne des Gemeinschaftsgefühls verlangt», da ohne gegenseitige Hilfe das menschliche Zusammenleben unmöglich wird. «Was bei diesem Zusammenstoss geschieht, kann mit einer Schockwirkung verglichen werden», bemerkt *Alfred Adler*: Der mitmenschliche Schaden ist anklagender Ausdruck des verweigerten Rechts auf Hilfe.

Dankbar sein gegenüber den Vorfahren, denn ohne sie wären wir nicht

Wenn man sich bewusst wird, dass alles, was wir zum Leben haben, ein Gemeinschaftswerk ungezählter Generationen über viele Jahrhunderte hinweg ist, ein Aufbau, den keine Generation und schon gar nicht ein Mensch alleine bewältigen kann, dann rückt etwas ins Zentrum, was heute unterzugehen droht: Ich habe als Mensch allen Grund, dankbar zu sein gegenüber meinen Vorfahren, denn ohne sie wäre ich nicht. Und ich will das, was mir geschenkt wurde, als ich in diese Welt hineinwuchs, der nächsten Generation verbessert weitergeben. Nur so können wir als Menschen leben und nicht als Robinsone, die verzweifeln. *Otto Friedrich Bollnow* hat das die «Tugend der Dankbarkeit» genannt.

«Wenn dich ein Lehrer einen Satz lehrt, dann musst du ihm dein Leben lang dankbar sein»

Ich habe viele Jahre Deutsch als Fremdsprache unterrichtet. In einer meiner Klassen sass

einmal ein etwa vierzigjähriger Familienvater aus Ägypten. Neben ihm ein vielleicht 18jähriger Italiener mit ausgeprägtem männlichem Prestige, der nicht lernen konnte, weil er sich nichts sagen lassen wollte. Einer jener verwöhnten «Prinzen», wie sie damals noch nicht so häufig anzutreffen waren. Der Ägypter schaute nicht lange zu. Er komme aus der arabischen Kultur, sagte er vor der Klasse, er verstehe nicht, wieso man nicht von anderen lernen wolle. Sein Vater habe ihn gelehrt: «Wenn dich ein Lehrer einen Satz lehrt, dann musst du ihm dein Leben lang dankbar sein.» Ich sehe noch heute sein lachendes Gesicht vor mir: Er war so sicher. Stolz war er auf seinen Vater und auf seine Kultur, die ihm das auf den Lebensweg mitgegeben hat. «Wir verehren den Lehrer! Der Lehrer, das ist das Wichtigste!», strahlte er uns alle an. Dieser Mann war dankbar! – und: so sicher wie die Hundemutter, die ihre Welpen instinktiv richtig führt. Das meinte *Landmann*, wenn er schrieb: Der Mensch ist seiner Natur nach «auf das umhüllende Medium der Kultur hingeordnet, er ist in sie gewissermassen ähnlich eingebettet wie der Fisch ins Wasser und der Vogel in die Atmosphäre. Nur dank der Gehaltenheit durch sie steht er aufrecht, nur weil sie ihn trägt, wird er lebensfähig». (*Landmann*, S. 22)

Dem Verwöhnten fehlt das Training zur gegenseitigen Unterstützung

Dieser grosse Zusammenhang geht dem verwöhnten Kind nie auf. Hier ahnt man die schweren Folgen, die es hat, wenn durch einen um sich greifenden verwöhnenden Erziehungsstil eine Generation von Prinzessinnen und Prinzen heranwächst, die sich um die Belange der Gemeinschaften nicht mehr kümmern können, weil ihnen jeder Dienst am Nächsten eine Zumutung erscheint. Der Verwöhnte nimmt das ihm von der Kultur Geschenkte selbstverständlich hin, fordert es, «geniesst» es, aber fühlt sich den Wohltätern, die ihm alles gerne und aus Liebe gegeben und überliefert haben, nicht mehr

tergeben: die guten Lehrer im weitesten Sinne, die neben den Eltern die schützende Kultur weitergeben.

Helfen kann nur in Freiheit und Liebe gedeihen

Die Wechselseitigkeit zwischen den Generationen ist ein unsichtbarer Vertrag, bei dem aber nicht wirtschaftlich Leistung gegen Leistung getauscht wird. Dieser Vertrag ist das natürliche Band menschlicher Solidarität und beruht auf einer nicht voraussehbaren und ohne Anspruch auf eine Gegenleistung gegebenen «Leistung», die «im anderen Menschen die Bereitschaft erzeugt, bei in der Zukunft eintretenden Fällen mit einer freiwilligen und durch keinerlei vertraglichen Zwang zu erwirkenden Leistung zu antworten». (*Bollnow*, S. 130) Echte Dankbarkeit geschieht in Freiheit und Liebe und ist gerade kein sklavisches Abhängigkeitsverhältnis. Wie aber könnte man sie einer Generation von Prinzessinnen und Prinzen vermitteln? Diese Frage stellt sich uns angesichts einer Realität im Erziehungswesen, die wir selbst geschaffen haben und die nur wir auch wieder ändern können.

Das natürliche Helfenwollen kann zum Wesensmerkmal gebildet werden

Der Mensch ist das einzige Wesen in der Natur, das soziale Institutionen erschaffen kann, ja, muss, um zu überleben: Alles, was eine Kultur an Einrichtungen der öffentlichen Ordnung, der Gerechtigkeit geschaffen hat – von den einfachsten Benimmregeln in der Familie bis hinauf zu staatlichen Institutionen – alles stammt nie von alleine Denkenden, Fühlenden und Handelnden. Hilfsbereitschaft und Kooperation reifen beim Menschenkind im Laufe des ersten Lebensjahres heran, treten dann als inneres Bedürfnis hervor. Das ist der Kern der menschlichen Sozialnatur und muss nicht anezogen werden. Er kann zum hervorstehenden Wesensmerkmal eines Menschen gebildet werden. So können Menschenkinder lernen, in einer von Menschen geschaffenen kulturellen Welt eine sichere Identität und Gemeinschaftsdenken und -fühlen zu entwickeln. Das sagen uns die Menschheitswissenschaften.

Ein grosses Kulturgut, ein schöner Gedanke. Zum Leben erwecken kann diesen Schatz nur unsere von Einsicht und Mitgefühl getragene Tat.

Verwendete Literatur:

Christophe Boesch. *Wild cultures: a comparison between chimpanzee and human cultures*. Cambridge University Press 2012

Otto Friedrich Bollnow. *Neue Geborgenheit*. Stuttgart/Berlin/Köln 1973

Daniel Haun. *Primatenkultur? Kulturelle Unterschiede im Sozialverhalten von Schimpansen. Vortrag im Rahmen des Collegium generale*. Bern 2016

Michael Landmann. *Der Mensch als Schöpfer und Geschöpf der Kultur*. München 1961

Adolf Portmann. *Biologische Fragmente zu einer Lehre vom Menschen*. Basel 1951

Evelyn Schmidt und Hans Dieter Richter. *Entwicklungswunder Mensch*. Leipzig 1986

Michael Tomasello. *Warum wir kooperieren*. Berlin 2010

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlags oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

USA, Nato, Russland und die Sicherheitscharta der OSZE

Zwei offizielle Stellungnahmen aus Russland

zf. Die zugespitzte Konfrontation zwischen den USA, der Nato und der EU auf der einen und Russland auf der anderen Seite bringt es mit sich, dass bei uns im Westen nicht mehr unvoreingenommen darüber berichtet wird, wie die russische Seite Stellung nimmt. Unsere westlichen Medien referieren, wenn überhaupt, die russische Position in der Regel sehr kurz, aus dem Zusammenhang gerissen und verzerrt. Einer politischen Lösung des Konfliktes dient das nicht. Deshalb dokumentieren wir erneut offizielle Stellungnahmen aus Russland. Auch die Öffentlichkeit im Westen sollte die russische Position zumindest ernsthaft zur Kenntnis nehmen. Die deutsche Übersetzung der beiden folgenden Texte ist auf der Internetseite des Ausenministeriums der Russischen Föderation zu finden. Wir haben sie lediglich leicht redigiert.

Antwort des Aussenministers der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, auf eine Medienfrage, Moskau, 27. Januar 2022

Frage: Sie haben von den Amerikanern eine Antwort auf die russischen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien bekommen. Was steht darin? Wie ist die Reaktion? Antony Blinken hat gesagt, dass sie gegen die Veröffentlichung des übergebenen Dokuments seien. Was hat die russische Seite beschlossen?

Sergej Lawrow: Ich denke, dass der Inhalt der Antwort in der nächsten Zeit der breiten Öffentlichkeit bekannt wird. Wie uns die US-Kollegen mitteilten (obwohl sie es bevorzugen, dass das Dokument für einen vertraulichen diplomatischen Dialog verwahrt bleibt), wurde es mit allen Verbündeten der USA und der ukrainischen Seite abgestimmt. Gibt es keine Zweifel, dass es in der nächsten Zeit «durchsickert»?

Was den Inhalt des Dokuments betrifft, so enthält es nur zu zweitangigen Problemen Stellungnahmen, die Anlass zu ernsthaften Gesprächen sein können. Auf die zentrale Frage in diesem Dokument gibt es keine positive Reaktion. Die Hauptfrage bleibt unsere eindeutige Position zur Unzulässigkeit der Nato-Osterweiterung und der Stationierung von Angriffswaffen, die das Territorium der Russischen Föderation bedrohen können. Diese Position entstand nicht einfach so. Wie Sie wissen, sind die Fragen der Nichterweiterung bzw. Erweiterung der Nato [...] eine alte Geschichte. Zu Beginn der 1990er Jahre, in den 1990er Jahren, als sich Deutschland wiedervereinigte und die Fragen der europäischen Sicherheit gelöst wurden, wurde uns hoch und heilig versprochen, die Nato nicht um einen Zoll östlich der Oder zu er-

weitern. Alle diese Fakten sind gut bekannt, in vielen Memoiren der Vertreter Grossbritanniens, der USA, Deutschlands dargelegt. Doch jetzt, wo dieses Thema ziemlich scharf diskutiert wird, wurde uns zunächst gesagt, dass die Zusicherungen mündlich waren. Dann, als wir die Memoiren zeigten, wiesen unsere westlichen Partner darauf hin, dass es nicht ganz ernst gemeint war, sie falsch verstanden wurden. Sie begannen nicht, wie Erwachsene es zu tun pflegen, ihren Kurs einer rückhaltlosen Erweiterung der Allianz offenzulegen.

Jetzt, da wir nicht mehr über mündliche Versprechen reden, sondern schriftliche Dokumente vorlegen, die von den Staats- und Regierungschefs aller OSZE-Staaten, darunter dem US-Präsidenten, (Erklärung von Istanbul 1999, Erklärung von Astana 2010) unterzeichnet wurden, müssen sich unsere westlichen Partner bereits aus einer noch schwierigeren Situation herauswinden. Was ich meine – in den beiden Dokumenten steht geschrieben, dass wir uns alle an das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit halten und uns verpflichten, es strikt einzuhalten. Dieses Prinzip ist eindeutig formuliert. Es sind darin zwei wichtige, miteinander verbundene Konzepte enthalten. Das erste Konzept: Die Verpflichtung jedes Staates, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu verstärken. Mit anderen Worten – das Recht auf freie Bündniswahl ist eindeutig mit der Notwendigkeit verbunden, die Sicherheitsinteressen jedes anderen OSZE-Staates, darunter die Russische Föderation, zu berücksichtigen.

Es ist bezeichnend, dass, wenn wir jetzt vorschlagen, rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien in der euro-atlantischen Region zu koordinieren, unsere westlichen Kollegen darauf reagieren, indem sie uns auffordern, die koordinierten Grundsätze der Sicherheitsgarantien in dieser Region zu respektieren. Sie sagen sofort: Das bedeute, dass die Nato das Recht auf eine Erweiterung habe, niemand könne der Nato verbieten, die Anfragen anderer Länder zu behandeln. Das Prinzip, nach dem die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer gefestigt werden soll, wird bewusst verschwiegen. Weder die Erklärung von Istanbul noch die Erklärung von Astana werden von unseren westlichen Partnern in den derzeit laufenden Diskussionen über europäische Sicherheit erwähnt. Über sie wird absichtlich hinweggegangen. Wir können eine solche Situation nicht akzeptieren. Sie begründeten ihr Nichteinhalten der Nichterweiterungszusagen in den 1990er Jahren damit, dass es keine schriftlichen Verpflichtungen gab, aber solche Zusagen wurden später schriftlich gegeben. Sie wurden in der OSZE mehrmals bestätigt, darunter auf der höchsten Ebene. Wir werden jetzt den Schwerpunkt auf die Erklärung dieser heuchlerischen Position unserer westlichen Kollegen legen.

Ich bat in Genf bei den Verhandlungen mit Antony Blinken, mir zu erklären, warum sie die im Rahmen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen als eine Menukarte betrachten, aus der sie sich die

Gerichte aussuchen können, die ihnen gut schmecken, und warum sie ihre Zusage, die Interessen anderer Länder zu achten, missachten oder schlechteden. Antony Blinken antwortete nicht auf diese Frage, zuckte mit den Schultern. Das war's. Ich habe ihm gesagt, wie ich es auch unseren anderen Kollegen gesagt habe, dass wir sie in Kürze um eine Erklärung bitten werden, warum sie sich nur für eine ihrer Verpflichtungen entscheiden und die anderen Verpflichtungen, von denen ihre Umsetzung abhängt, ausser acht lassen. Das wird eine offizielle Anfrage an alle Länder sein, deren Führer die Erklärungen von Istanbul und Astana unterzeichneten. Ich hoffe, dass sie nicht lange brauchen werden, um die westliche Position zu erklären.

Ansonsten analysieren wir derzeit die Antwort, die wir von den Amerikanern bekommen haben. Wie Antony Blinken selbst sagte, wurde sie mit Ukrainern und anderen westlichen Ländern, Verbündeten der USA, abgestimmt. Gleichzeitig erhielten wir eine Antwort von der Nato, von Generalsekretär Jens Stoltenberg. Wir analysieren diese beiden Dokumente als Paket, da sie als Reaktion auf den von uns im Dezember 2021 vorgeschlagenen Vertragsentwurf und den Entwurf eines Abkommens vorgelegt wurden. Nach einer ressortübergreifenden Abstimmung werden wir Präsident Wladimir Putin Bericht erstatten. Er wird den Beschluss über die weiteren Schritte treffen. •

Quelle: https://www.mid.ru/de/foreign_policy/news/1796041/ vom 27.1.2022

Antwort des Aussenministers der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, auf eine Medienfrage nach einem Telefongespräch mit US-Aussenminister Antony Blinken, Moskau, 1. Februar 2022

Frage: Hat Moskau der US-Seite die Antworten auf ihre Dokumente, die angesichts der Vorschläge Russlands zu den Sicherheitsgarantien übermittelt wurden, übergeben? Welchen Fragen war das heutige Telefongespräch mit Antony Blinken gewidmet? Welche weiteren Kontakte sind in diesem Zusammenhang geplant?

Sergej Lawrow: Heute haben uns Mitteilungen aus dem US-Aussenministerium erreicht über eine aus Moskau angeblich erhaltene Antwort auf jenes Dokument, das die Amerikaner als Reaktion auf unseren ursprünglichen Vorschlag zu den Sicherheitsgarantien in Europa geschickt hatten.

Hier liegt ein Missverständnis vor. Als wir die Antwort der USA vor etwa einer Woche bekamen, begannen wir mit ihrer Analyse. Es

war gleich zu bemerken, dass die Amerikaner es bevorzugen, sich auf die Besprechung zwar wichtiger, aber zweitangiger Fragen zu konzentrieren: Ob man die Nichtstationierung der Angriffswaffen auf gegenseitiger Grundlage, einschliesslich bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen, die früher unter den von den USA zerstörten INF-Vertrag fielen, vereinbaren kann, Transparenz bei der Durchführung der Manöver, Massnahmen zur Verhinderung unvorhergesehener Vorfälle zwischen Kampfflugzeugen, Schiffen und andere solche Schritte zur Festigung des Vertrauens.

Zur Schlüsselfrage, die uns dazu bewog, uns mit Initiativen an die USA und die Nato zu wenden, war die Reaktion negativ. Ich meine unsere Forderungen, dass alle gewis-

senhaft die Vereinbarungen über die Unteilbarkeit der Sicherheit, die in der OSZE 1999 in Istanbul und 2010 in Astana [siehe Kasten] erreicht wurden, erfüllen sollen. Diese Abkommen sehen nicht nur die Freiheit, Bündnisse zu schliessen, vor, sondern knüpfen diese Freiheit an die Notwendigkeit, die Schritte zu vermeiden, die die Sicherheit eines Staates auf Kosten der Sicherheit der anderen festigen würden. Bei dieser Schlüsselfrage sahen wir in der Reaktion sowohl der USA als auch der Nato ein äusserst negatives Verhalten. Sie rücken ausschliesslich das Prinzip der Freiheit der Wahl der Bündnisse in den Mittelpunkt, wobei die Bedingung, die auf der höchsten Ebene über die Unzulässigkeit der Beeinträchtigung der Sicherheit anderer Staa-

ten dabei vereinbart worden ist, vollständig ignoriert wird.

Wir sind auch darüber besorgt, dass andere Nato-Länder, zum Beispiel Frankreich, über seinen Aussenminister vor kurzem erklärte, dass es auf der Notwendigkeit beharrt, die Sicherheit auf Grundlage der Dokumente, die der Verabschiedung der Charta von Istanbul und Erklärung von Astana vorausgingen, zu gewährleisten. Dabei wird das Dokument des Pariser OSZE-Gipfels 1990 zitiert, das keine Forderung enthält, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit der anderen zu festigen. Mit anderen Worten versuchen unsere westlichen Kollegen, dieses Schlüsselprinzip des Völkerrechts, das im euroatlantischen Raum abgestimmt wurde, nicht nur zu ignorieren, sondern sogar in Vergessenheit geraten zu lassen. Damit das nicht geschieht, habe ich, als wir die Reaktion aus Washington auf unsere ursprünglichen Vorschläge bekamen, in einer einzelnen Botschaft ausführlich das beschrieben, worüber wir jetzt sprechen, und überreichte sie allen Aussenministern der OSZE-Mitgliedsstaaten und mehrerer anderer Staaten, damit sie unsere Position kennen.

Heute habe ich im Gespräch mit dem US-Aussenminister Antony Blinken bestätigt, dass wir es nicht zulassen, dieses Thema zu «verwischen». Wir werden auf einem fairen Gespräch und einer Erklärung beharren, warum der Westen seine Verpflichtungen überhaupt nicht oder ausschliesslich selektiv zu seinem Gunsten erfüllen will. Antony Blinken stimmte zu, dass dies Gegenstand eines weiteren Gespräches sei. Wir werden sehen, wie es weitergehen wird. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt schliessen wir die ressortübergreifende Abstimmung der von den USA bekommenen Vorschläge zu anderen Fragen ab. Wir werden unserem Präsidenten darüber Bericht erstatten. •

Quelle: <https://mid.ru/print/?id=1796663&lang=de> vom 2.2.2022

Die Europäische Sicherheitscharta der OSZE

zf. Die Europäische Sicherheitscharta der OSZE, die 1999 in Istanbul verabschiedet und 2010 in Astana noch einmal bekräftigt wurde, garantiert mit einem Satz in Punkt 8 der Charta die Bündnisfreiheit. Dort heisst es:

«Wir bekräftigen das jedem Teilnehmerstaat innewohnende Recht, seine Sicherheitsvereinbarungen einschliesslich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern.»

Öfter spricht sie aber von der Unteilbarkeit der Sicherheit innerhalb des Raumes der OSZE-Staaten:

«Die Charta wird zur Schaffung eines gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraums beitragen. Sie wird mithelfen, ein OSZE-Gebiet ohne Trennlinien und Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau zu schaffen.»

«Wir werden unsere Beziehungen im Einklang mit dem Konzept der gemeinsamen und umfassenden Sicherheit gestalten, im Sinne von gleichberechtigter Partnerschaft, Solidarität und Transparenz. Die Sicherheit jedes Teilnehmerstaats ist untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden. Wir

werden uns mit der menschlichen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Dimension der Sicherheit als einem unteilbaren Ganzen befassen.»

«Wir sind entschlossen, innerhalb des FSK [Forum für Sicherheitskooperation] weitere Anstrengungen zu unternehmen, um miteinander gemeinsame Sicherheitsanliegen der Teilnehmerstaaten zu behandeln und das OSZE-Konzept der umfassenden und unteilbaren Sicherheit, soweit es die politisch-militärische Dimension betrifft, weiter voranzubringen. Wir werden auch weiterhin einen substanziellen Sicherheitsdialog führen und unsere Vertreter beauftragen, diesen Dialog im Rahmen des FSK zu führen.»

«Wir sind entschlossen, unseren Dialog über Entwicklungen bezüglich aller Sicherheitsaspekte im OSZE-Gebiet auszuweiten und zu vertiefen. Wir beauftragen den Ständigen Rat und das FSK, sich in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich eingehender mit den Sicherheitsanliegen der Teilnehmerstaaten auseinanderzusetzen und das OSZE-Konzept der umfassenden und unteilbaren Sicherheit weiter zu verfolgen.»

«Die OSZE wird mit denjenigen Organisationen und Institutionen kooperativ arbeiten, deren Mitglieder einzeln und gemeinsam, auf eine Weise, die mit den für jede Organisation beziehungsweise Institution geeigneten Modalitäten vereinbar ist, heute und in Zukunft [...] das Konzept der OSZE für eine gemeinsame, umfassende und unteilbare Sicherheit und einen gemeinsamen Sicherheitsraum ohne Trennlinien aktiv unterstützen [...]»

Selbst in Punkt 8 des Vertrages, der die «Bündnisfreiheit» der OSZE-Staaten garantiert, gibt es Bedingungen dafür. Der erste Satz von Punkt 8 lautet: «Jeder Teilnehmerstaat hat dasselbe Recht auf Sicherheit.» Und nachdem das Recht, Bündnisverträge «frei zu wählen», aber auch das «Recht auf Neutralität» garantiert werden, heisst es im folgenden Satz: «Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich die Rechte aller anderen achten. Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen.» (Her- vorhebungen zf)

¹ <https://www.osce.org/files/f/documents/b/f/125809.pdf>

Der neue Kalte Krieg und die Neuorientierung von Belarus

von Prof. Dr. Peter Bachmaier



Peter Bachmaier (Bild zvg)

Prof. Dr. Peter Bachmaier, Osteuropa-historiker und Politologe, Vorstandsmitglied des *Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts* in Wien (1972–2005), Lehrbeauftragter an der Universität Wien (1993–2007), Präsident der *Österreichisch-Weissrussischen Gesellschaft* (seit 2006).

Proteste gegen die Regierung hatte es in Belarus seit dem Wahlsieg *Alexander Lukaschenkos* – der nicht aus der Nomenklatura kam – im Juli 1994 mit 81 % schon immer gegeben. Sie gingen letztlich von den USA aus und hatten einen Regimewechsel (eine Farbenrevolution wie in der Ukraine) zum Ziel. Im Oktober 2004 unterzeichnete Präsident *George Bush* einen «Belarus Democracy Act», der vorsah, dass die Finanzhilfe für Belarus nicht der Regierung und dem Staat, sondern nur der «demokratischen Opposition» zugute komme. Am 4. Mai 2006 griff Vizepräsident *Dick Cheney* in seiner Rede in Wilna Belarus scharf an und erklärte: «Es gibt keinen Platz in Europa für ein Regime dieser Art.» Im Mai 2008 brach die Regierung in Washington die diplomatischen Beziehungen mit Belarus ab und schloss die US-Botschaft in Minsk. Belarus wurde aufgefordert, ebenfalls seine Botschaft in Washington und sein Konsulat in New York zu schliessen.

Die Farbenrevolution

Präsident Lukaschenko begann jedoch 2014, nach der Farbenrevolution in der Ukraine, eine «Multivektorpolitik» und versuchte, gute Beziehungen mit der EU und der Ukraine aufrechtzuerhalten. Im November 2019 suchte er als erstes EU-Land Österreich.

Im Mai 2020, noch vor den Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020, begannen neuerlich Proteste gegen Präsident Lukaschenko. Der unmittelbare Anlass dafür war seine Weigerung, die Corona-Massnahmen des Westens nach dem Vorbild Italiens zu übernehmen, obwohl ihm der IWF dafür im Mai 2020 einen Kredit von mehr als 900 Mio. US-Dollar angeboten hatte. Der zunehmende Konflikt des Westens mit Russland war der eigentliche Grund der Angriffe. Es begannen Proteste, die am Tag der Wahl am 9. August zum Versuch eines gewaltsamen Umsturzes wie in der Ukraine führten. Die Protestbewegung wurde von belarussischen Aktivisten in Polen und Litauen gesteuert, vor allem vom Telegram-Kanal NEXTA. Die Bilder und Videos der Proteste wurden manipuliert, so dass immer viel mehr Demonstranten zu sehen waren. In Wirklichkeit waren es nach Berichten des belarussischen Innenministeriums nie mehr als 50000.

Eine grosse Rolle spielte bei allen Protesten gegen die Regierung die Ukraine, die sprachlich und kulturell eng mit Belarus verwandt ist, vor allem die Maidan-Revolution in Kiew. Der Handel von Belarus mit der Ukraine ging nach 2014 von einer positiven Bilanz von 3 Mia. auf 1,5 Mia. Dollar zurück. Belarus versuchte deshalb, eine Ukraine-Konferenz mit Russland, Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und der Ukraine («Normandieformat») einzuberufen, und es gelang im Jahr 2015, ein Abkommen für einen Waffenstillstand abzuschliessen. Auch die chinesische Seidenstrasse, die durch Minsk führt, spielte eine Rolle. Deren Entwicklung sollte verlangsamt werden.

Die westlichen Medien begannen einen Angriff auf Belarus, ebenso die Universitäten. Besonders die Institute für Slawistik und Osteuropäische Geschichte veranstalteten

Online-Konferenzen, zu denen belarussische Oppositionelle eingeladen wurden. Es wurden politische Filme produziert wie der Film «Courage» des oppositionellen Regisseurs *Aleksei Palujan*, der 2021 von der *Berlinale* ausgezeichnet wurde.

Die Teilnehmer der Proteste waren, abgesehen von der kleinen Gruppe der führenden Aktivisten, junge gut ausgebildete Leute aus dem privaten IT-Sektor, in dem es auch westliche Firmen gibt. Die jungen Leute waren über ihre Smartphones und über das Internet bestens über das «Süsse Leben» im Westen informiert und wollten es übernehmen. Die Proteste gingen im November 2020 zu Ende, und *Swetlana Tichanowskaja*, die Anführerin der Opposition, klagte: «Wir haben die Strasse verloren!» Es kam aber bald zu neuen Aktionen.

Neue Aktionen gegen Belarus im April und Mai 2021

Am 18. April 2021 präsentierte der *Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation* (FSB) das Video eines Gesprächs über den geplanten Sturz Lukaschenkos. In dem Video diskutierten zwei Belarussen, der Politikwissenschaftler *Alexander Feduta* und der in den USA lebende Rechtsanwalt *Juri Senkowitsch*, in einem Restaurant in Moskau mit hohen belarussischen Offizieren über den Sturz des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Die Aufnahmen wurden auf dem TV-Sender *Rossija-1* gezeigt. «Die erste Aufgabe ist es, die Hauptperson zu beseitigen [durch ein Attentat auf Lukaschenko während der Parade am Tag des Sieges am 9. Mai]. Die zweite Aufgabe besteht darin, die inneren Truppen und die Bereitschaftspolizei (OMON) zu blockieren. Die dritte Aufgabe besteht darin, den Rundfunksender und die Fernsehstation zu besetzen, damit wir einen Aufruf verbreiten können», sagte Juri Senkowitsch in dem Video. Die Gruppe der Verschwörer wurde von der russischen Polizei festgenommen und an die belarussischen Behörden ausgeliefert. Die westlichen Hauptmedien berichteten nichts darüber.

Am 23. Mai 2021 präsentierte der Außenminister von Belarus, *Wladimir Makei*, den Vorfall mit der *Ryanair*-Maschine auf einer Pressekonferenz in Minsk als geplante Provokation des Westens. Die *Ryanair*-Maschine, die am 23. Mai von Athen nach Wilna flog, sandte über dem Territorium der Republik Belarus eine Notfallmeldung. Die Ursache war eine Bombendrohung, die der Pilot der *Boeing 737* erhalten hatte. Der Pilot, der von den Flughäfen Wilna, Warschau und Krakau eine ablehnende Antwort erhalten hatte, beschloss, am Flughafen Minsk notzulanden. Das Flugzeug und das Gepäck der Passagiere wurde von speziellen Diensten untersucht. Die Bombe wurde nicht gefunden. Unter den Passagieren befand sich *Roman Protassewitsch*, einer der beiden Chefredakteure des oppositionellen Blogs NEXTA, der festgenommen wurde.

Die westlichen Medien berichteten über diesen Vorfall, aber nur, indem Belarus beschuldigt wurde, das Flugzeug entführt zu haben. Protassewitsch selbst erklärte jedoch in einem Interview für den belarussischen Sender *ONT*, dass er von der Opposition «geopfert» wurde, um Lukaschenko dafür verantwortlich zu machen.

Die Sanktionen der EU

Die EU hatte bereits auf Grund der Präsidentschaftsverfassung, die dem Präsidenten grosse Rechte einräumt, im Jahr 1997 die ersten Sanktionen gegen Belarus verhängt, die jedoch bis 2015, als die letzten Oppositionellen freigelassen wurden, aufgehoben wurden.

Im Juni 2021 verhängte die EU neuerlich Sanktionen gegen Belarus, gegen die gesamte Führung von Belarus und gegen die wichtigsten Betriebe von Belarus. Das Land wird nichts mehr aus dem Westen importieren können, sondern statt dessen gezwungen sein, vieles im eigenen Land herzustellen. Alle öffentlichen Verkehrsmittel, die nach Belarus führen (Flüge, Züge oder Autobusse) mussten auf Beschluss der EU ihren Betrieb einstellen.

Die ganze Situation ist nicht für die Kontinentaleuropäer, sondern für die Briten und

Amerikaner von Vorteil, für die die Schaffung von Barrieren in Eurasien immer Teil des strategischen Spiels um die Kontrolle von Territorien und Handelsrouten war. Die Sanktionen blieben nicht ohne Reaktion. Belarus ergriff Massnahmen gegen diejenigen, die versuchen, es in die Knie zu zwingen. Die Importsubstitution, die Suche nach neuen Märkten, die Vertiefung der Integration mit Verbündeten, die Suche nach neuen Partnern – das ist die belarussische Antwort auf die Sanktionen.

Die EU will nicht zulassen, dass sich gleich nebenan ein mehr oder weniger erfolgreiches Beispiel eines anderen Weges entwickelt. Das belarussische Modell wird viele Bürger innerhalb der Länder des Westens selbst anziehen, wo die Bevölkerung immer mehr Unzufriedenheit mit den Realitäten äussert und neue politische Kräfte für die Änderung der Situation in der Zukunft suchen.

Die Corona-Epidemie und die Wirtschaft

Belarus hat in der Corona-Epidemie eine eigene Politik eingeschlagen. Das Land wurde nicht stillgelegt, die Betriebe und Geschäfte, Gastwirtschaften, Schulen, Universitäten und Kirchen wurden nicht geschlossen, sondern arbeiteten weiter. Auch die Sporteinrichtungen waren geöffnet und hielten Fussballspiele und Eishockeyturniere ab.

Die Epidemie kam im März 2020 auch nach Belarus. Das Land war darauf vorbereitet, es gab einen umfassenden Plan zur Bekämpfung der Epidemie. Es gab aus der sowjetischen Zeit noch Krankenhäuser für Infektionskrankheiten, Vorsorgemassnahmen für eine Epidemie mit medizinischer Ausrüstung, Instituten für Virologie und geschultem Personal. Das belarussische Gesundheitswesen war in der Lage, alles zu bewältigen. Nach Angaben der Uno war Belarus auf die Krise gut vorbereitet. Es gab 41 Ärzte, 114 Krankenschwestern und 110 Krankenhausbetten pro 10000 Einwohner. In den EU-Ländern ist der Durchschnitt 30 Ärzte, 91 Krankenschwestern und 55 Krankenhausbetten.

Belarus konnte im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Corona-Epidemie, sein Bruttonationalprodukt auf demselben Niveau halten wie 2019, weil die Betriebe nicht geschlossen wurden. Lukaschenko erklärte auf der Allbelarussischen Volksversammlung am 11. Februar 2021: «In den letzten fünf Jahren stieg das reale Einkommen der Bevölkerung um 15 %, das Durchschnittsgehalt erreichte 1200 Rubel. Dazu gibt es ein Sozialpaket – kostenlose Bildung und Medizin, Leistungen für das Wohnen und den Verkehr.» Im ersten Halbjahr des Jahres 2021 stieg das BIP um 3,3 % und die Industrieproduktion um 10,4 %.

Die Krise mit den illegalen Migranten

Belarus hatte früher immer illegale Migranten an der Grenze zurückgewiesen. Seit Juni 2021 änderte das Land jedoch seine Politik in dieser Frage.

Litauen wurde im Jahr 2021 von zumeist irakischen Migranten heimgesucht, die versuchten, illegal aus Belarus in das Land einzureisen. Ihr Zustrom hat nach den zunehmenden Spannungen zwischen Belarus und der Europäischen Union zugenommen. 2021 sind etwa 4000 illegale Migranten aus Belarus in dieses Land eingereist.

Die Litauer versuchten zunächst, die Migranten aufzunehmen, was jedoch zu Problemen führte. Sie begannen daher, Asylanträge abzulehnen und gleichzeitig Migranten an der Grenze zurückzuweisen. Sie errichteten eine Barriere nach dem Vorbild des 2015 von Ungarn errichteten Stacheldrahtzauns. Der Strom der Migranten wurde nach Lettland und Polen umgeleitet, die in gleicher Weise wie Litauen reagierten.

Der Grenzschutz Polens verzeichnete im August 2021 mehr als 3000 Versuche, die belarussisch-polnische Grenze illegal zu überschreiten. Die polnische Armee hat Ende August 2021 mit dem Bau eines drei Meter hohen und 180 km langen Grenzzauns begonnen, der die Migration nach Polen aufhalten soll.

Widerstand gegen die westliche Kultur

Belarus verteidigte seine nationale Kultur und schloss 2005 die von *Soros* finanzierte

Europäische Humanistische Universität in Minsk, die daraufhin nach Wilna übersiedelte. Nach 2010 versuchte Belarus eine Annäherung an die EU, begann einen Prozess der Annäherung an die westlichen Universitäten und trat 2015 dem Bologna-Prozess bei, um sich den Bildungsstandards der EU anzupassen und sich in die europäische Wissenschaft zu integrieren. Ein Grund dafür war auch, ausländische Studenten für ein Studium an belarussischen Hochschulen zu gewinnen.

Belarus wandte sich aber gegen die «Verwestlichung der Kultur», d.h. gegen die Gefahr, die kulturelle Souveränität zu verlieren, und gegen Versuche, die historische Wahrheit zu entstellen und das historische Gedächtnis zu zerstören. Im Jahr 2021 hat Belarus seine Mitarbeit in der *Östlichen Partnerschaft* der EU eingestellt und ist aus dem Bologna-Abkommen der Universitäten ausgetreten. Der PEN-Klub von Belarus und 40 von westlichen Stiftungen finanzierte NGOs wurden aufgelöst.

Familienpolitik

Belarus hat in den letzten Jahren wirksame Massnahmen zur Unterstützung von Familien mit Kindern ergriffen. Jedes vierte Kind im Land ist durch das staatliche Leistungssystem gedeckt. Infolgedessen hat sich die Anzahl der grossen Familien in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt.

Seit 2015 besteht ein erweitertes Familienkapitalprogramm. Die Zahl der offenen Konten nähert sich bereits 100000 Menschen und beläuft sich auf über eine Milliarde US-Dollar. Im vergangenen Jahr wurde das Programm um einen neuen Zeitraum von fünf Jahren verlängert.

Derzeit wird systematisch daran gearbeitet, familiäre Formen für die Erziehung von Waisen und Kindern ohne elterliche Fürsorge zu entwickeln. Allein im Jahr 2020 wurden fast 400 Babys adoptiert. Ungefähr zweitausend Kinder werden in dreihundert Familienhäusern grossgezogen. Kinder, denen die elterliche Zuneigung entzogen wird, sollen nicht in Kasernen, sondern in diesen Häusern leben.

Die neue Verfassung und die Erziehung zum Patriotismus

Die neue Verfassung soll die Gesellschaft in die Regierung des Landes einbeziehen: das Parlament, die Gouverneure und die lokalen Behörden. Die Befugnisse des Präsidenten sollen delegiert werden. Das Parlament und die lokalen Räte sollen durch eine proportionale Liste aus Parteien gewählt werden. Das Land soll jedoch auch unter einem neuen Präsidenten eine Präsidentschaft bleiben. Anfang 2022 soll der Entwurf einer landesweiten Abstimmung vorgelegt werden.

Die neue Verfassung, die auf der Allbelarussischen Volksversammlung am 11. und 12. Februar 2021 in Minsk diskutiert wurde, sieht deshalb eine verstärkte Erziehung der Jugend zum Patriotismus und eine Ablehnung der westlichen nihilistischen Weltanschauung vor. Bereits jetzt heisst es in Art. 54 der Verfassung: «Jeder ist verpflichtet, das historische kulturelle und geistige Erbe und andere nationale Kostbarkeiten zu schützen.»

Es wurden patriotische Kundgebungen organisiert wie am 22. Juni 2021 in Brest, wo eine grosse Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den 80. Jahrestag des Angriffs auf die Sowjetunion und des Beginns des Grossen Vaterländischen Krieges abgehalten wurde. Der dreiwöchige Widerstand der Festung Brest gegen die Invasion soll, wie Lukaschenko sagte, für alle Belarussen ein Tag der Erinnerung an die grösste nationale Heldentat des belarussischen Volkes sein. «Wir werden unsere Heimat, unsere Unabhängigkeit und Souveränität niemandem geben. Die heilige Armee, die damals Brest verteidigte, hilft uns heute, für unsere Heimat Belarus zu sorgen. Sie hilft vor allem durch das Beispiel unbeugsamer Ausdauer, des Mutes und der Hingabe, die während des Grossen Vaterländischen Krieges gezeigt wurden.»

Am 3. Juli 2021 wird der Tag der Unabhängigkeit, der Tag der Befreiung im Jahr 1944, das wichtigste Fest der belarussischen

Fortsetzung auf Seite 5

«Wir stehen für einen sachlichen Dialog jederzeit zur Verfügung»

Interview mit dem Botschafter der Republik Belarus in der Schweiz, Aliaksandr Ganevich



Aliaksandr Ganevich (Bild wp)

Aliaksandr Ganevich ist seit 2020 der Ausserordentliche und Bevollmächtigte Botschafter (der ersten Klasse) der Republik Belarus in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Er wurde in Lida, Region Grodno, geboren. Seine Ausbildung absolvierte er in der Militärkommandoschule in Ussurijsk, an der Moskauer diplomatischen Akademie sowie an der diplomatischen Schule des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1993 war er in Minsk, Berlin, Bern und München im diplomatischen Dienst tätig. Aliaksandr Ganevich ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er spricht Belarussisch, Russisch und Deutsch.

Zeit-Fragen: Herr Botschafter Ganevich, unsere Leser erfahren aus den meisten westlichen Medien nicht, was wirklich die Position Ihres Landes ist. Deshalb möchten wir heute Sie als Botschafter der Republik Belarus in der Schweiz zu Wort kommen lassen. Ganz nach dem Prinzip: *audiatur et altera pars*. Wie hat sich die innere Situation in Belarus seit den Präsidentschaftswahlen vom August 2020 entwickelt?

Aliaksandr Ganevich: Die Situation in Belarus hat sich seit August 2020 grundlegend geändert. Der vom Westen massiv finanzierte und geschickt gesteuerte Versuch einer typischen «Farbenrevolution» ist völlig gescheitert. Der Staat hat aus den Ereignissen Lehren gezogen und notwendige Schritte für die Konsolidierung von Macht und Gesellschaft unternommen. Man hat die rechtlichen Mechanismen zum Schutz der Souveränität und der Verfassungsordnung gestärkt, das Anwachsen von Extremismus verhindert, Ordnung auf die Strasse gebracht. Die Regeln für den Erhalt unentgeltlicher Hilfe aus dem Ausland wurden angepasst, die staatliche Informationspolitik verbessert, Verantwortung für das Verhalten im virtuellen Raum sowie die Sicherheit personenbezogener Daten erhöht.

Die Verfassungsreform in Belarus brachte in einem inklusiven Prozess die konstruktiven Kräfte der Gesellschaft, einschliesslich der Opposition, zusammen. Ihr Ziel ist es, das politische System des Landes zu modernisieren und die Widerstandsfähigkeit gegen aktuelle Herausforderungen zu erhöhen.

Die Wirtschaft entwickelt sich dynamisch trotz westlicher Wirtschaftssanktionen. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2021 um 2,3 % gestiegen, der Wechselkurs der nationalen Währung blieb stabil, der Aussenhandelsüberschuss erreichte 4 Milliarden US-Dollar (der höchste Stand seit 2012). Die Reallöhne der Arbeitnehmer wuchsen um 5 %.

Das Jahr 2021 verlief in Belarus unter dem Motto Volkseinheit. Mein Eindruck ist, dass nicht wenige Belarussen in diesem Jahr

ihre Ansichten ernsthaft revidiert haben. Sie haben den Wert eines unabhängigen und starken Belarus in einer gerade sehr turbulenten und unberechenbaren Welt erkannt. Soziologische Erhebungen zeigen ein hohes Mass an nationalem Selbstbewusstsein, Einigkeit und Zusammenhalt.

Wie beurteilen Sie die äussere Situation Ihres Landes im gegenwärtigen Konflikt mit den Nato-Staaten Polen, Litauen und Lettland, aber auch mit der Ukraine?

In seiner Botschaft an das belarussische Volk und die Nationalversammlung Ende Januar hat der Präsident der Republik Belarus Alexander Lukaschenko die aktuelle Lage um unser Land herum sehr klar beschrieben: «Belarus befindet sich im Epizentrum einer globalen Konfrontation. Im Westen wird die militärische Infrastruktur gestärkt – übrigens offensiver Natur. Nato-Truppen werden nahe der Grenzen des Unionsstaates von Belarus und Russland konzentriert, Flüge amerikanischer strategischer Bomber wurden aktiviert (mehr als 30 Einsätze pro Tag). Nachbarländer sprechen über den Einsatz von Atomwaffen. Unsere westlichen Nachbarn – Polen, Litauen – handeln aktiv im Einklang mit der Politik Washingtons. Zunehmende Spannungen im Süden bereiten immer mehr Sorgen. Die Ukrainer werden in die Flammen des Konflikts gedrängt, gezielt auf Aggression vorbereitet ...»

Belarus sieht in der Stärkung militärischer Präsenz an unseren Grenzen die Hauptursache der Destabilisierung in der Region. Aus unserer Sicht ist eine solche Eskalation, die vor allem in Polen festzustellen ist, überhaupt nicht akzeptabel. Mit der gemeinsamen Militärrübung «Alliierte Entschlossenheit 2022», die in unserem Land vom 10. bis 20. Februar 2022 stattfinden wird, wollen Belarus und Russland ihre Bereitschaft zeigen, auf jedes mögliche Szenario zu reagieren. Man will damit auch den Schutz der Grenze zur Ukraine verbessern, Problemstellen und Mängel aufdecken und beseitigen.

Belarus unterstützt die berechtigte Forderung unseres Verbündeten und Partners – der Russischen Föderation – nach Einhaltung des Prinzips der «unteilbaren Sicherheit», so wie es in den grundlegenden OSZE-Dokumenten formuliert ist, darunter in der *Europäischen Sicherheitscharta* von Istanbul (1999): «Jeder Teilnehmerstaat wird [...] die Rechte aller anderen achten. Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen.»

Für Belarussen, die im Zweiten Weltkrieg einem regelrechten Genozid ausgesetzt waren und fast jeden dritten Einwohner verloren, ist der Frieden wirklich heilig. Um ihn zu bewahren, braucht es zurzeit enorme Anstrengungen nicht nur seitens der Grossstaaten, sondern von der gesamten Weltgemeinschaft.

Am 27. Februar 2022 wird das belarussische Volk über eine neue Verfassung abstimmen. Welche Grundlinien hat diese neue Verfassung?

Vorschläge zur Änderung der geltenden Verfassung vom 15. März 1994 (mit Änderungen von 1996, 2004 und 2021) waren schon bei der Vorbereitung zur VI. Allbelarussischen

Volkversammlung vom Oktober 2020 bis Februar 2021 landesweit diskutiert worden.

Im Ergebnis der anschliessenden Arbeit einer Verfassungskommission wurde ein Entwurf der Änderungen und Ergänzungen der Verfassung am 27. Dezember 2021 zur öffentlichen Diskussion vorgelegt. Seitdem wurden im Land 3000 Dialogplattformen mit über 140000 Teilnehmern abgehalten. Die Bürgerinnen und Bürger zeigten ein hohes Interesse an der Diskussion – man erhielt in wenigen Wochen fast 9000 Meinungen und Vorschläge. Viele davon wurden berücksichtigt oder fliessen auch später in den Gesetzgebungsprozess ein.

Fasst man alle Ergänzungen und Änderungen der Verfassung zusammen, lassen sich fünf thematische Blöcke unterscheiden, um die sie sich gruppieren:

- Bewahrung der Identität des belarussischen Volkes, seiner Werte und seines historischen Gedächtnisses;
- Erhalt und Entwicklung der Grundlagen des Sozialstaates;
- Aufbau einer sozial verantwortlichen Gesellschaft;
- Sicherung der politischen Stabilität bei dem weiteren Ausbau des politischen Systems und seiner Institutionen;
- Schaffung von verfassungsrechtlichen Garantien der sozialen und technologischen Entwicklung zum Wohle von Mensch, Gesellschaft und Staat.

Belarus wird derzeit von den Nato-Staaten, aber auch in Schweizer Medien scharf kritisiert. Wie begegnen Sie dem?

Natürlich sind wir über den nicht nachlassenden präzedenzlosen Druck auf unser Land aus dem westlichen Ausland tief besorgt. Neben der Kritik in den Medien, die meistens völlig grundlos und übertrieben ist, werden auch rigorose Sanktionen gegenüber einer Reihe belarussischer Staatsbürger und bedeutender Unternehmen angewendet (leider auch unter Beteiligung der Schweiz), Luftverbindungen zwischen Belarus und allen anderen Ländern Europas sind seit über neun Monaten unterbrochen. Neulich hat unser Nachbarland Litauen den Transit von belarussischen Kalidüngemitteln durch sein Territorium eingestellt, was dessen völkerrechtliche Verpflichtungen grob verletzt und äusserst negative Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherheit haben wird.

Man muss dazu sagen, dass der Präsident der Republik Belarus zwischen einer feindseligen Einstellung der Machthabenden in einigen Ländern und der Meinung der Bevölkerung dieser Länder klar unterscheidet. Oftmals liegen diese Positionen weit auseinander. Wir bemühen uns, freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern auch unter den heutigen Bedingungen aufrechtzuerhalten und hoffen auf die baldige Rückkehr unserer westlichen Partner zu einem normalen Dialog auf Grundlage des gegenseitigen Respekts.

Das Aussenministerium der Republik Belarus und andere Staatsorgane, belarussische Auslandsvertretungen reagieren aktiv auf Vorwürfe und Unterstellungen seitens ausländischer Politiker und Massenmedien, es werden dazu auch die wichtigsten internationalen Gremien und Foren genutzt. Der Aussenminister

von Belarus, Herr Vladimir Makei, hat zum Beispiel die offizielle Stellung in seinen Reden bei der 76. Tagung der UN-Vollversammlung im September 2021 und beim OSZE-Ministertreffen im Dezember 2021 sehr deutlich dargelegt. Auch die belarussischen Vertretungen in Bern und in Genf versuchen mit vorhandenen Mitteln verlässliche Informationen zu verbreiten, Verleumdungen und «fake news» zu bekämpfen, Klarheit zu schaffen.

Welche Hauptaufgaben sehen Sie bei Ihrer Tätigkeit hier in der Schweiz und was wünschen Sie sich von der Schweizer Politik?

Meine Aufgaben sind vielfältig und heutzutage nicht gerade einfach. Belarus legt nach wie vor einen hohen Wert auf den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen mit der Schweiz. Das wurde allein im vergangenen Jahr mehrmals vom Staatschef und dem Aussenminister der Republik Belarus bekräftigt.

Natürlich stehen diesem Ziel vor allem umfangreiche Sanktionen im Wege, die die Schweiz im Einklang mit der EU gegenüber Belarus verhängt hat. Deswegen wünsche ich mir von der Schweizer Politik primär, dass entsprechende Entscheide so bald wie möglich aufgehoben werden. Wir haben immer ein offenes Ohr für Anliegen und Besorgnisse unserer schweizerischen Kollegen und stehen für einen sachlichen Dialog jederzeit zur Verfügung.

In den vergangenen zwei Jahren waren Belarus und die Schweiz gleich mit zwei grossen Herausforderungen konfrontiert – mit der Covid-19-Pandemie und politischen Missstimmungen wegen der Geschehnisse in meinem Land. Dies wirkte sich negativ auf Intensität der bilateralen Zusammenarbeit aus. Viele Vereinbarungen, die noch Anfang 2020 auf der hohen Ebene getroffen wurden, konnten nicht mehr umgesetzt werden.

Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr, in dem auch 30 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Belarus und der Schweiz begangen werden, eine Wiederbelebung bilateraler Kontakte in unterschiedlichen Bereichen ermöglichen können. Dazu sollte auch der bevorstehende Amtsantritt meiner Kollegin in Minsk, Frau Botschafterin Honegger Zolotukhin, erheblich beitragen.

Wir erwarten in den kommenden Monaten unter anderem die Wiederaufnahme interparlamentarischer Kontakte und einer regelmässigen Arbeit der gemischten Wirtschaftskommission, einen Fortschritt bei der Vorbereitung von bilateralen Visa- und Rückübernahmeabkommen.

Wir sind unverändert am Ausbau des gegenseitigen Handels und an der erfolgreichen Tätigkeit der Schweizer Unternehmen in Belarus interessiert. Wir sehen ein hohes Potential auch in der Erweiterung der Kooperation mit der Schweiz in den Bereichen Umweltschutz und Katastrophenhilfe, Bildung und Forschung, Jugendaustausch, Kultur, Sport und Städtepartnerschaften.

Es gibt also noch viel zu tun, aber ich bin optimistisch und freue mich auf weitere positive Entwicklungen in den Beziehungen zwischen unseren Ländern.

Herr Botschafter Ganevich, vielen Dank für das Interview.

«Der neue Kalte Krieg ...»

Fortsetzung von Seite 4

Staatlichkeit, gefeiert. Am 17. September 2021 wurde der «Tag der Volkseinheit», der Tag der Wiedervereinigung als neuer Feiertag begangen, der an die Wiedervereinigung von Westbelarus mit Ostbelarus im Jahr 1939 erinnern soll. Damals wurde nach fast zwanzig Jahren polnischer Besetzung das weissrussische Volk wiedervereinigt.

Die globale Konfrontation zwischen dem Westen und Russland

Die globale Konfrontation zwischen dem Westen sowie Russland und China sieht nach einem neuen Kalten Krieg aus und enthält das Szenario eines Umsturzes in Belarus. Die Antwort darauf ist, dass westliche NGOs, die sich mit Politik, Kultur und Bildung befassen, geschlossen werden, genauso

wie Medien, die vom Westen finanziert werden. Belarus ist aus der *Östlichen Partnerschaft* der EU und dem Bologna-Abkommen, das gemeinsame Standards für alle Universitäten vorsieht, wieder ausgetreten. Westliche Werte werden gründlich kritisiert.

Belarus unterscheidet sich in der Union mit Russland von den Integrationsprojekten der *Eurasischen Wirtschaftsunion* (EAEU) und der *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* (GUS) darin, dass es nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik eine sehr tiefe Integration hat. Die Ministerien agieren manchmal gemeinsam, vor allem in der Verteidigung. In der EAEU gibt es so etwas nicht, sie ist eine Wirtschaftsunion. Die GUS ist heute in erster Linie eine Plattform zur Erörterung bestimmter Fragen im Zusammenhang mit einer Freihandelszone. Die am weitesten fortgeschrittene Integration findet in der Union von Belarus und Russland statt. Im

Referendum in den neunziger Jahren wurde die Frage, ob es eine Integration mit Russland geben sollte, von 71,5 Prozent mit Ja beantwortet. Rund 30 Prozent sprachen sich für die Europäische Union aus.

Die eurasische Orientierung

Am 26. Mai 2021 erklärte Präsident Lukaschenko in einer Rede vor Parlamentariern: «Wir werden das unaufhaltsam alternde Europa durch das schnell wachsende Asien ersetzen. Unsere Gesellschaft ist bereit, Teil des neuen Eurasiens, sein Vorposten zu werden. D.h., es gibt eine Orientierung auf Russland und China, und auf die Gemeinschaft, das Volk und die Nation. Die wesentlichen Errungenschaften von Belarus bleiben der Sozialstaat und die nationale Souveränität.»

In Moskau wurde ein neues Kulturprojekt ins Leben gerufen – die Bewegung «Neues Eurasien», die unter Einbeziehung

eines massgeblichen Kreises gleichgesinnter Menschen zu einem ernsthaften ideologischen Motor werden soll. «Neues Eurasien» ist eine ideologische Plattform, die eine neue Kultur und eine neue Wirtschaft aufbauen möchte.

In den Reihen der Bewegung gibt es viele bekannte Persönlichkeiten, darunter Sachar Prilepin, der Führer der Bewegung «Gerechtes Russland». Ein Teilnehmer des konstituierenden Kongresses der Bewegung «Neues Eurasien», der Philosoph Alexei Dsermant, sagte darüber in einem Interview: «Das Neue Eurasien ist ein Zusammenschluss von Philosophen, Politologen, Schriftstellern und Künstlern, die aufgerufen sind, den eurasischen Raum parallel zu wirtschaftlichen und politischen Prozessen mit neuer Bedeutung zu erfüllen. Offensichtlich ist die Zeit gekommen, sich zu vereinen und etwas ganz anderes vorzuschlagen.»

Die Kriegsgefahr ist geringer als behauptet Lagebeurteilung durch zwei ehemalige Schweizer Spitzendiplomaten

ef. Nach Einschätzung von *Thomas Greminger* und *Yves Rossier* ist die derzeitige Kriegsgefahr in der Ukraine viel geringer, als in den vergangenen Wochen und bis heute in vielen westlichen Medien behauptet wurde und wird. Das ist einem Artikel zu entnehmen, der am 1. und 2. Februar 2022 in verschiedenen Schweizer Zeitungen erschienen ist.

Thomas Greminger, Oberstleutnant im Generalstab der Schweizer Armee, war von 2017 bis 2020 Generalsekretär der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) und leitet heute das *Geneva Center for Security Policy*. Yves Rossier war Staatssekretär im *Eidgenössischen Departement des Äusseren* (EDA) und von 2017 bis 2020 Schweizer Botschafter in Moskau.

Yves Rossier wird mit den Worten zitiert: «Ich erwarte keine militärische Invasion Russlands in die Ukraine.» Auch wenn

russische Truppen im grösseren Umfang zusammengezogen wurden, deuteten die technisch-militärischen Vorbereitungen an der Grenze «nicht auf eine Invasion hin». Zudem müsste eine Invasion auch propagandistisch vorbereitet werden. Dafür, so der ehemalige Schweizer Botschafter in Moskau, «sehe ich in den russischen Medien keine Anzeichen».

Thomas Greminger wird mit den Worten zitiert: «Aktuell sehe ich auf keiner Seite ein strategisches Interesse, es bis zu einem bewaffneten Konflikt kommen zu lassen.» Die vielen aggressiven Wortmeldungen, die seit Wochen zu hören sind, sind für Greminger der wahrnehmbar gemachte Teil der Diplomatie. Da sei «aber viel rhetorische Kraftmeierei dabei». Zwar könnten Provokationen oder Handlungen, die als solche empfunden werden, durchaus auch eine Eskalation auslösen. Aber keine Seite habe «derzeit die stra-

tegische Absicht, einen bewaffneten Konflikt herbeizuführen».

Greminger verwies auf ein fundamentales Dilemma der europäischen Sicherheitspolitik. Einerseits gelte der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Staaten, also auch das Recht, sich für ein Militärbündnis seiner Wahl zu entscheiden. Andererseits gelte der Grundsatz der «Unteilbarkeit von Sicherheit». Dieser besagt, dass der Zuwachs an eigener Sicherheit nicht die Sicherheit eines anderen Staates vermindern darf (vgl. auch Kasten auf Seite 3). Genau dies aber, so Greminger, könne bei einem Nato-Beitritt der Ukraine passieren.

Mit ihrer Einschätzung bestätigen Yves Rossier und Thomas Greminger die Analysen von *Ralph Bosshard* in dieser Zeitung (*Zeit-Fragen* Nr. 28/29 vom 14. Dezember 2021 und Nr. 2 vom 25. Januar 2022).

Die Feindbildpropaganda gegen Russland wird immer unerträglicher

km. Sicher, man kann die derzeitige Propaganda westlicher Medien und Politiker gegen Russland und seinen Präsidenten *Wladimir Putin* gut einordnen. Der Artikel von *Hans Köchler* in *Zeit-Fragen* Nr. 2 vom 24. Januar bietet dafür ein sehr gutes Analyseraster. Und es gibt auch noch immer die Gegenstimmen in den eigenen Ländern oder in der eigenen Sprache – fast möchte man sagen Nato-Samisdat* –, mögen es nun *infosperber*, die *Nachdenkseiten* oder der *Anti-Spiegel* sein, um nur ein paar wenige zu nennen.

Nichtsdestoweniger wird es immer unerträglicher, was nun jeden Tag in die Köpfe und Seelen der Menschen eingehämmert werden soll. Man muss hier tatsächlich von einer Gleichschaltung grosser Teile unserer Medienwelt sprechen. Die Realität wird dabei auf den Kopf gestellt: Russland soll der aggressive, das Recht missachtende Kriegstreiber sein – und die Nato rechtschaffen, friedliebend und dialogbereit, Russland gegenüber aber leider zu harten Gegenmassnahmen gezwungen.

Michael Lüders hat in seinem neuesten Buch, «Die scheinheilige Supermacht. Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen», Literatur zum Thema gesichtet und

die Manipulationstechniken unserer Medien mit vielen Beispielen veranschaulicht.

Die Gefahren dieser Gleichschaltung sind gross. Millionen von Menschen in unseren Ländern bekommen nur diese Botschaften mit. Menschen werden selbst dann in Mitleidenschaft gezogen, wenn sie nicht glauben wollen, was ständig auf sie niedergeht. Propaganda ist eine Form der Gewalt gegen Geist und Seele, und sie verletzt jeden.

Kommt hinzu, dass diejenigen, die sich (bislang noch) innerhalb der Machteliten öffentlich anders geäussert haben, mit medialen Breitseiten beschossen und an den Pranger gestellt werden – ob es nun der ehemalige Generalinspekteur der deutschen Bundesmarine ist, der ehemalige deutsche Bundeskanzler *Gerhard Schröder* oder die Teile der deutschen SPD sind, die von der US- und Nato-Linie auch nur leicht abweichen. Kampagnen werden inszeniert, um die Angegriffenen, aber auch die Menschen, die es gewagt haben, ähnlich zu denken, einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Zwar kann jeder auch die andere Seite sehen, hören und lesen. Russische Internetseiten in deutscher oder englischer Sprache: die Internetseite des russischen Aussenministe-

riums, die Internetseite des russischen Präsidenten oder auch die deutschsprachigen Internetseiten russischer Medien. Leicht wird man dabei feststellen, dass dort die Dinge anders dargestellt werden als bei uns. Vorsorglich werden diese Stimmen bei uns mit dem Vorwurf «Desinformation» abgetan – während unsere Medien «Qualitätsmedien» mit «Qualitätsjournalismus» sein sollen. Und selbstverständlich wird nur den anderen «Propaganda» vorgeworfen, ganz nach dem Prinzip: «Haltet den Dieb!»

Wer hat schon die Zeit und die Kraft, sich auf allen Seiten zu informieren und sich dann auch noch ein eigenes Bild zu machen? Trotzdem bleibt die Grundidee: «Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!» Und sich innerlich gegen alles zu wappnen, was darauf aus ist, Feindschaft zu säen und Menschen, Völker und Staaten gegeneinander aufzubringen.

* Samisdat bezeichnete in der Sowjetunion und später auch in weiten Teilen des Ostblocks die Verbreitung von alternativer, nicht systemkonformer, zumeist verbotener Literatur über nichtoffizielle Kanäle. Beispielsweise wurden Texte per Hand oder Schreibmaschine abgeschrieben, fotokopiert oder auf andere Weise vervielfältigt und anschliessend privat von Hand zu Hand weitergegeben.

«Die Krim in Zeiten des Umbruchs»

von Christian Fischer, Köln



Die Schlagzeilen, die eine russische Aggressionsgefahr beschwören, sind allgegenwärtig. Basis der Gefahrenmeldungen ist – abgesehen von aktuellen

Meldungen über Truppenaufmärsche in Russland (siehe hierzu Zeit-Fragen Nr. 28/29 vom 14. Dezember 2021) – die Falschbehauptung, Russland habe im Frühjahr 2014 die Halbinsel Krim «annektiert». Diese soll als Beleg dafür herhalten, dass Russland expansiv fremde Länder überfällt und sich einverleibt. In welchem geschichtlichen Zusammenhang die Vorgänge um die Krim stehen und welche Akteure welche Handlungen begangen haben, ist kaum Gegenstand der Betrachtung. Es würde auch schlecht zu dem Narrativ passen, dass hier eine russische Eroberungslust beispielhaft am Werk war. Da ist es eine wohlthuende Aufklärungsarbeit, die Rüdiger Kipke mit seinem Buch «Die Krim in Zeiten des Umbruchs. 1920–2014» leistet.

Rüdiger Kipke, Jurist, Politologe und Slawist, emeritierter Professor an der Universität Siegen, hat ein schmales, aber sehr dicht mit historischen Quellen fundiertes Buch geschrieben, welches die politische Geschichte der Krim von 1920 bis 2014 beleuchtet und ein anderes Licht auf die Ereignisse wirft, als es unsere Medien normalerweise vermitteln. Es wird im folgenden zusammengefasst:

Wenig bekannt ist uns, dass die Krim vielen traditionellen Russen deshalb als fast «heilig» gilt, weil von hier aus seit dem 10. Jahrhundert die Christianisierung des grossen Landes begann. Die besondere Bedeutung der Krim für viele Russen weist dar-

auf hin, dass aus einer Wieder-Eingliederung dieses Stückes Land nicht auf umfassende Eroberungspläne Russlands geschlossen werden darf, wie das weitherum getan wird.

Nach der Oktoberrevolution wurde die Krim 1921 zur Sozialistischen Sowjetrepublik und blieb bis 1928 relativ autonom. Die grosse Hungersnot, die Anfang der 1930er Jahre von der Stalinschen Kollektivierung ausgelöst wurde, hatte hier nicht ganz so starke Auswirkungen wie in der nördlichen Ukraine; es fand auch eine Industrialisierung statt, und die Bevölkerung wuchs. Die Bevölkerung war schon lange multiethnisch und bestand aus Russen, Ukrainern, Krimtataren und Minderheiten wie Juden und Deutschen. Die Russen wurden von *Stalin* mit beinahe rassistischen Begründungen bevorzugt.

Den in der Sowjetunion lebenden Juden wurde in den 1920er Jahren eigenes Land auf der Krim gegeben, allerdings schlechtes, so dass viele nicht lange blieben. Völlig unerwartet wurde ihnen wenig später ein autonomes Gebiet im sowjetischen Fernen Osten zugewiesen. Ein erneuter Versuch im Zweiten Weltkrieg, eine jüdische Heimstätte auf der Krim zu schaffen, endete für viele ihrer Protagonisten mit der Hinrichtung.

Ab September 1941 drang die Wehrmacht auf die Krim vor und besetzte sie. Teile der Bevölkerung kollaborierten mit den Deutschen, vor allem Krimtataren, weil sie sich Hilfe gegen die sowjetrussische Unterdrückung erhofften. *Hitlers* Plan war es, das Gebiet zu germanisieren und als «Gotengau» dem Grossdeutschen Reich anzugliedern. Als 1944 die Rote Armee die Krim zurückeroberte, wurden die Krimtataren nach Usbekistan deportiert, auch die, die keine Nazi-

Kollaborateure waren. Seit 1945 hat die Krim auch offiziell den Autonomie-Status innerhalb der Sowjetunion verloren. Die Krimtataren wurden 1967 «rehabilitiert», was praktisch aber nichts bedeutete; erst 1989 wurde ihre Umsiedlung als verbrecherisch eingestuft, und sie konnten auf die Krim zurückkehren – allerdings in ein Land, in dem sich die Verhältnisse längst zu ihren Ungunsten verändert hatten. Im Jahre 1991 wurde die Ukraine, und damit auch die Krim, unabhängig. Mit dieser Entwicklung waren grosse Teile der auf der Halbinsel lebenden Menschen unzufrieden.

Die Krim war 1954 der ukrainischen Sowjetrepublik von der Moskauer Führung «geschenkt» worden, was ohne grosses Aufsehen geschah, ohne praktische Folgen innerhalb des Wirtschaftsraumes der Sowjetunion blieb und bis heute auch keine klare Begründung hat. Es mag eine Rolle gespielt haben, dass der aufstrebende KP-Chef *Chruschtschow* ukrainische Unterstützung zur Festigung seiner Macht brauchte, dass er die Bindung zwischen Ukrainischer und Russischer Sowjetrepublik festigen wollte und am liebsten auch Teile der Slowakei und Polens der Ukrainischen Sowjetrepublik zugeschlagen hätte.

Am Ende der Ära *Gorbatschow* erklärte das russische Parlament bereits 1990 die Übertragung der Krim an die Ukraine für verfassungswidrig, was nach damaligem sowjetischen Recht tatsächlich stimmte, aber zunächst nicht weiter beachtet wurde, da man nach dem Ende der Sowjetunion überall im Land andere Sorgen hatte. Auch das Referendum 1991 auf der Halbinsel, bei dem sich 93 % der Abstimmenden (Wahlbeteiligung 81 %) für eine von der Ukraine unab-

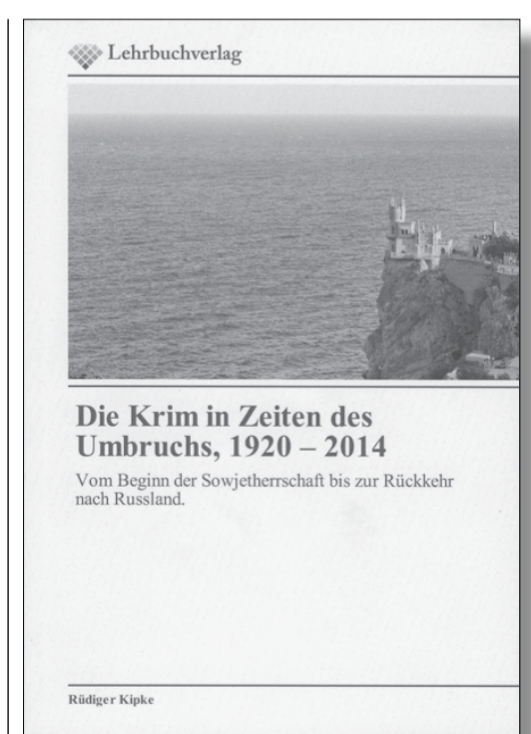
Argentinien und Russland streben engere Zusammenarbeit an

gl. Der argentinische Präsident *Alberto Fernández* traf am 3. Februar in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen *Wladimir Putin* zusammen, bevor er anschliessend nach Peking reiste und dort mit dem chinesischen Staatschef *Xi Jinping* vor der Eröffnung der Olympischen Spiele zusammentraf.

Fernández dankte Putin ausdrücklich für die grosse Unterstützung Russlands während der Covid-Pandemie, als der Impfstoff weltweit noch knapp war. «Sie waren da, als der Rest der westlichen Welt uns nicht mit Impfstoffen geholfen hat.» Die Ergebnisse des russischen Impfstoffs *Sputnik V* seien in Argentinien hervorragend gewesen. Fernández erklärte, es sei ein guter Zeitpunkt, um auch «in anderen Bereichen voranzukommen». Die Umstände seien sehr günstig für engere Beziehungen zwischen Russland und Argentinien. «Wir müssen sehen, wie Argentinien ein starker Türöffner für Russland nach Lateinamerika werden kann.» Er erinnerte daran, dass sich sein Land «auf Grund der Verschuldung, die ich geerbt habe, in einer besonderen Lage befindet». Seit den 1990er Jahren habe sich Argentinien sehr stark auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet, und die argentinische Wirtschaft hänge in hohem Masse von den Schulden ab, die das Land bei den USA und dem IWF habe. 2015 sei in Argentinien eine Regierung angetreten, die sich erneut auf die USA ausrichtete, und sie sei es gewesen, die dem Land die enorme Verschuldung bescherte, die Argentinien jetzt habe. Aus diesem Grund sei er fest entschlossen, dass Argentinien die starke Abhängigkeit vom IWF und von den USA beenden müsse. Das Land müsse sich einen Weg zu anderen Teilen der Welt eröffnen. In diesem Zusammenhang spiele Russland eine sehr wichtige Rolle.

Putin seinerseits beglückwünschte Argentinien zum Erfolg seiner Impfkampagne. Es gebe viele Bereiche, in denen die beiden Länder ihre bilaterale Zusammenarbeit verbessern könnten, vor allem ein grosses Potential beim Handel.

Quelle: <https://www.pagina12.com.ar/399427-alberto-fernandez-con-vladimir-putin-argentina-tiene-que-dej-vom-3.2.2022>



ISBN 978-620-2-49017-7

hängige Autonome Republik Krim aussprechen, wurde damals kaum beachtet. Es kam schliesslich zu einem Kompromiss mit Kiew: Der Krim wurde der Status einer Autonomen Republik innerhalb der im übrigen unitarisch aufgebauten Ukraine zuerkannt. Bei einem gesamtstaatlichen Referendum im Dezember 1991 sprachen sich 90 % der Abstimmenden für die Unabhängigkeit der Ukraine aus, auf der Krim waren es nur 54 %.

Seit 1994 war *Leonid Kutschma* Präsident in Kiew. Er wertete die russische Sprache

Fortsetzung auf Seite 8

«Horizon Europe» und Medtech-Produkte

Die Schweiz festigt ihre «Pläne B»

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Völlig willkürlich und vertragswidrig verweigert Brüssel der Schweiz zurzeit die in zwei Abkommen der Bilateralen I festgelegten Rechte. Das Forschungsabkommen ermöglicht die gleichberechtigte Teilnahme von Schweizer Forschern an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen; die Schweiz ist seit 2004 ein assoziierter Staat, was ihr das Recht gibt, bei allen Programmen mitzumachen. Das Abkommen «über den Abbau technischer Handelshemmnisse» («Mutual Recognition Agreement», MRA) ermöglicht es dem Unternehmer, der Industrieprodukte ins Ausland verkaufen will, die nötigen Zertifizierungs- oder Zulassungsprozesse nur einmal durchführen zu müssen. Das spart Zeit und Geld und sorgt für gleich lange Spiesse.

Als Standort qualitativ hochstehender Forschung und Produktion ist die Schweiz höchst interessiert daran, sich allfälligen Änderungen der EU-Regelungen im Bereich dieser beiden Abkommen anzuschliessen. Das wissen die Brüsseler Bürokraten selbstverständlich und setzen deshalb mit ihren Schikanen vor allem hier an, wobei – wie wir noch sehen werden – etliche EU-Mitgliedsstaaten selbst das Nachsehen haben, wenn die Forschung und der Handel mit der Schweiz erschwert werden. Die Schweizer Pläne B sind bereits in Funktion. Wie ist der Stand heute?

Abwanderung guter Forscher in andere Staaten?

Kurz nachdem der Bundesrat im Mai 2021 die Verhandlungen mit der EU über einen Rahmenvertrag abgebrochen hatte, stufte die EU-Kommission (EC) die Schweiz – postwendend und ohne rechtlichen Zusammenhang – zu einem «nicht-assozierten Drittstaat» in bezug auf die Teilnahme am Forschungsprogramm «Horizon Europe» hinab. Der Bundesrat kritisierte den Ausschluss der Schweiz wenigstens implizit: «Die Beteiligung der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen für Forschung und Innovation ist Teil der Bilateralen Abkommen I zwischen der Schweiz und der EU von 2002. Die Frage einer Assoziierung der Schweiz an «Horizon Europe» wird seitens der EU jedoch im Lichte der Gesamtbeziehungen Schweiz-EU gesehen.» «Im Lichte der Gesamtbeziehungen»? Merkwürdiges Verständnis von Vertragstreue!

Junge Forscher bleiben trotz lockender EU-Fördergelder in der Schweiz

mw. Radio SRF hat in der Sendung «Rendez-vous» vom 1. Februar 2022 zwei junge Wissenschaftler vorgestellt, die kürzlich mit dem begehrten «ERC Starting Grant» für ihre Forschungsarbeit ausgezeichnet worden sind, zusammen mit 26 weiteren Forschern in der Schweiz. Dabei handelt es sich um einen mit bis zu 1,5 Millionen Euro (pro Person!) für einen Zeitraum von fünf Jahren dotierten Förderbeitrag des Forschungsprogramms «Horizon Europe», das der ERC (European Research Council) vergibt. Weil die Schweiz aus «Horizon» ausgeschlossen wurde, erhalten die Schweizer Forscher das Geld allerdings nicht aus Brüssel, sondern aus der Bundeskasse.

Im Radio-Gespräch mit zwei der Gewinner bestätigt sich, dass der Hinauswurf der Schweiz aus «Horizon» kein Grund ist für die jungen Leute, in ein EU-Land auszuwandern. Die Neurobiologin Anissa Kempf, Assistenzprofessorin am Biozentrum der Universität Basel, hat den Starting Grant für ihre Forschungsarbeit über die molekularen Grundlagen des Schlafs erhalten. Dass sie den Preis nicht von Brüssel ausbezahlt bekommt, stört sie nicht: «Das einzige, was sich ändern wird, ist, woher das Geld eigentlich kommt.» Deshalb hat sich Anissa Kempf entschieden, in der Schweiz zu bleiben, und fügt hinzu: «Wenn ich die Anstellung am Biozentrum hier nicht hätte und das Forschungsumfeld am



Forschung und Innovation in der Schweiz. (Bild SBF – Der Bundesrat admin.ch)

Biozentrum nicht so fantastisch wäre, dann hätte ich es mir vielleicht anders überlegt.»

Ebenso will auch der Jurist und Ökonom Elliot Ash aus den USA, der am Center for Law & Economics an der ETH eine Professur innehat und zur künstlichen Intelligenz forscht, in der Schweiz bleiben. Er ist froh, dass «sein Projekt mit demselben Budget und derselben Laufzeit vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützt wird».

«Doch die Schweizer Lösung habe auch Nachteile», so die Interviewerin Irène Dietschi. Ein ERC-Grant biete einem Forscher die Möglichkeit, «sich international zu bewegen». In Wirklichkeit erhielten sowohl Anissa Kempf als auch Elliot Ash mehrere Angebote von ausländischen Hochschulen, hätten sich also problemlos «international bewegen» und ihren Grant im entsprechenden EU-Land

einziehen können, zum Beispiel in Schweden, das Schweizer Preisträger an seine Hochschulen zu locken versucht. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Schweizer Spitzenforscher und ihre Projekte sind nach wie vor begehrt – das können alle Strafaktionen der EU-Kommission nicht verhindern.

Nur zwei der 15 Grant-Gewinner, mit denen Irène Dietschi Kontakt aufnahm, wollen in ein EU-Land umziehen. Eben: Infrastruktur und nette Kollegen finden sie in der Schweiz auch. Gut, wenn sie merken, dass der ganze Wirbel um das «höhere Prestige» in EU-Ländern fauler Zauber ist und dass die «Ressourcen» in Form von 100-Franken-Nölli nicht schlechter sind als Euro-Noten.

Quelle: Dietschi, Irène. «Nach Horizon-Aus: Kampf um Schweizer Forschende». Radio SRF, Rendez-vous vom 1.2.2022. Redaktion: Daniel Hofer

Am 23. Januar haben nun die drei Präsidenten des Hochschulverbandes *swissuniversities* und des ETH-Rats sowie von *science-industries* (Wirtschaftsverband Chemie-, Pharma- und Life-Sciences) mit einer Resolution den Bundesrat gedrängt, er solle «alle notwendigen Massnahmen ergreifen», damit die Schweiz «noch 2022 wieder vollständig an «Horizon Europe» assoziiert» werde. Ohne Voll-Assoziierung an «Horizon» werde «der Standort Schweiz stark an Anziehungskraft verlieren», so die Resolution. Und weiter: «Es droht, dass sowohl Forschende wie auch Spin-offs² ins Ausland abwandern, wo sie sich um EU-Fördergelder bewerben können.»³

Ins Ausland abwandern? Das glauben die doch selber nicht. Tatsache ist, dass seit der Personenfreizügigkeit mit der EU das Umgekehrte der Fall ist: Wegen der grosszügigen Arbeitsbedingungen und dem exzellenten Ruf der Schweizer Forschung strömen seit zwanzig Jahren weit mehr Professoren und Studenten in die Schweiz herein als von hier

hinaus. Wie dieser Tage in *Radio SRF* berichtet wurde, ist dies auch heute der Fall (siehe Kasten «Junge Forscher bleiben trotz lockender EU-Fördergelder in der Schweiz»). Und die ausgelagerten Firmen (Spin-offs), die von unseren Hochschulen unterstützt werden – Hunderte davon allein schon von der ETH, das heisst von der Eidgenossenschaft! – kommen offenbar in der Schweiz ebensogut zu Fördergeldern.⁴

Plan B zur Teilnahme an «Horizon Europe»

Meine Recherchen haben zutage gefördert: Plan B zur Beteiligung der Schweiz an den Rahmenprogrammen von «Horizon» ist einsatzbereit, und die Finanzierung durch den Bund steht.

– **Finanzierung:** National- und Ständerat haben bereits im Dezember 2020 für die Beteiligung der Schweiz an den Forschungsprogrammen der EU (2021–2027) gut 6 Milliarden Franken bewilligt.⁵

Deutsche Anerkennung der Schweizer Medtech-Produkte – Brüsseler Katze beisst sich in den Schwanz

mw. Genauso vertragswidrig – und ebenso peinlich – wie der vergebliche Versuch, die Schweiz aus der europäischen Forschungsgemeinschaft auszuschliessen, ist der schikanöse Entscheid der EU-Kommission vom 26. Mai 2021, wonach in der Schweiz ausgestellte Zertifikate für Medizintechnikprodukte ab sofort nicht mehr anerkannt würden – auch rückwirkend.¹ Auch hier beisst sich die Brüsseler Katze in den Schwanz. Denn derlei Verletzungen der Bilateralen Verträge mit der Schweiz schaden auch manchen EU-Staaten, unter anderem unserem grossen Nachbarn Deutschland. Um die Versorgung mit den hochqualitativen Medtech-Produkten aus der Schweiz für das deutsche Gesundheitswesen zu sichern, analysierten die obersten Landesgesundheitsbehörden die neue EU-Medizinprodukteverordnung (MDR) und kamen zum Schluss, gemäss EU-Recht seien die Schweizer Zertifizierungen bis spätestens am 24. Mai 2024 gültig. Die Schweizer Produkte könnten also weiterhin in Deutschland verkauft werden. Dies teilten sie am 25. Januar 2022 den interessierten deutschen Branchenverbänden mit, sehr zum Missfallen der EU-Kommission. Letztere beharrt darauf, die deutschen Importe seien «nicht regelkonform». Ohnehin handle es sich bei diesem Schreiben «lediglich um den Entwurf eines Briefes einer Arbeitsgruppe der Bundesländer». Dies sei «kein bindender Brief», so der Chef-Sprecher der EU-Kommission laut *SRF News*.²

Ziemlich überheblich, die Leute in der Brüsseler Bürokratie! Ein offizielles Schreiben der obersten Gesundheitsbehörden der deutschen Bundesländer wird als blosser «Entwurf

einer Arbeitsgruppe» abgetan? Demgegenüber kritisiert die «Neue Zürcher Zeitung» für einmal in erfrischender Art, «dass Brüssel in seiner zusehends dogmatischen Haltung gegenüber der Schweiz in wachsendem Mass auch die wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedsstaaten aus dem Blick verliert». Doch irgendwann, warnt der Autor, würden die Mitgliedsstaaten «den Direktiven die Gefolgschaft verweigern». Die EU-Mitgliedsstaaten hätten «weiterhin ein vitales Interesse an stabilen Wirtschaftsbeziehungen mit der Schweiz», und es sei «niemandem gedient, wenn Patientinnen und Patienten aus der EU auf Grund neuer bürokratischer Hemmnisse auf eine optimale Gesundheitsversorgung verzichten müssen».³

BDI: Traditionell sehr gutes Verhältnis zum südlichen Nachbarn erhalten und stärken

Auch der *Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI) will und kann nicht auf gute Wirtschaftsbeziehungen mit der Schweiz verzichten. In seiner Broschüre «Die Partnerschaft mit der Schweiz neu gestalten» vom 19. Januar 2022 weist er auf die bereits erheblichen wirtschaftlichen Störungen im Handel mit der Schweiz hin, derzeit bei den Medizinprodukten, weitere Beeinträchtigungen beim Maschinenbau seien absehbar. Der BDI erinnert daran: «Viele KMU, aber auch Grossunternehmen aus Deutschland und der Schweiz pflegen langjährige intensive Wirtschaftsbeziehungen.» Deutschland sei der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz, diese sei für die EU der viertwichtigste Handelspartner. «Es ist daher für die deutsche Wirtschaft von

besonderem Interesse, dass dieses traditionell sehr gute Verhältnis zum südlichen Nachbarn erhalten bleibt und gestärkt wird.»

So weit, so gut. Dann fordert der BDI jedoch beide Seiten auf, «konstruktive Gespräche zügig wieder aufzunehmen», wobei eine «Paketlösung» unersetzbar sei, diese dürfe die «institutionellen Kernfragen nicht aussen vorlassen».

Das erinnert mich an die Bemerkung von Nationalrat Franz Grüter, der mit anderen Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates vor einigen Monaten in Brüssel zu Besuch war, um mit EU-Parlamentariern ins Gespräch zu kommen. Auch die EU-Turbos unter den Nationalräten kamen ziemlich ernüchert zurück. Franz Grüter schilderte mir seinen Eindruck so: «Die meisten dort verstehen unser System nicht, in dem das Volk bestimmt. Die bezahlte Kohäsionsmilliarde interessiert sie nicht, sie bestehen darauf, dass wir das Recht übernehmen und die Rechtsprechung. Dass wir Schweizer etwas anderes wollen, verstehen sie nicht.»

Wie können wir unseren Nachbarn erklären, dass die Schweiz ihre eigene politische Kultur hat?

¹ siehe «Die Schweiz in Europa und in der Welt. Neues von Parlament und Bundesrat». In: *Zeit-Fragen* vom 5.10.2021

² «Schweizer Medtech-Produkte: EU pocht auf Export-Verbot». *SRF News* vom 28.1.2022

³ Fuster, Thomas. «Ein Sieg der Vernunft: Deutschland will Schweizer Medtech-Produkte weiterhin anerkennen». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 26.1.2022.

Auf meine Frage nach der Organisation des «Plan B» hat mich Nationalrat Franz Grüter, seit kurzem Präsident der «Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N)», wie folgt informiert: «Es laufen derzeit auf verschiedenen Ebenen Anstrengungen im Sinne von Ergänzungs- und Ersatzmassnahmen zur einstweiligen Nicht-Assoziierung an «Horizon Europe.» Er verwies auf die Medienmitteilung des Bundesrates vom 20. Oktober 2021 unter dem Titel «Horizon-Paket 2021–2027: Bundesrat ermöglicht Direktfinanzierung und prüft weitere Massnahmen». Darin wird geregelt:

- **Teilnahme an Forschungsprogrammen:** Schweizer Forscher können im derzeitigen Status der Schweiz als «nicht assoziiertes Drittland» an rund zwei Dritteln des Programms teilnehmen.
- **Übergangs- und Ersatzmassnahmen:** werden vom «Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation» (SBFI) geprüft.
- **Direktfinanzierung von Forschungsprojekten:** Schweizer Forscher erhalten keine Gelder der Europäischen Kommission (EC), sondern direkt vom SBFI oder vom *Schweizerischen Nationalfonds*. Die Finanzierung im Umfang von gut 400 Millionen Franken pro Jahr «deckt alle Bestandteile des Horizon-Pakets 2021–2027 ab. Dazu gehören «Horizon Europe», das Euratom-Programm, das Digital-Europe-Programm DEP und die Beteiligung an der Forschungsinfrastruktur ITER.»

Kommentar: Warum die Schweiz lieber ohne EU-Einbindung bleibt

Offensichtlich verfolgt die EU-Kommission kein anderes Ziel, als die Schweiz zu schikanieren – «zleidwerche» nennt man das bei uns. Aber wir lassen uns nicht unterkriegen: Bisher sind wir mit den verschiedenen, immer originellen und alltagstauglichen Plänen B sehr gut gefahren.

Geben wir dazu der Unternehmerorganisation «autonomiestuisse», die mit vielen anderen zum Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenvertrag beigetragen hat, das Wort: «Der Werkplatz Schweiz landet in internationalen Vergleichen auf Spitzenplätzen – dank unserer Weltoffenheit, der Wirtschaftsfreiheit und der Innovationskraft. Mit einer engen institutionellen Anbindung an die EU und einer Unterstellung unter den *Europäischen Gerichtshof* müsste die Schweiz weitgehend EU-Recht übernehmen. Die Schweiz

«Wer sich zu Max Tau bekennt, bekennt sich zur Verständigung, zur Brüderlichkeit»

Erinnerung an einen Menschenfreund

von Karl-Jürgen Müller

Oft sind es Zufälle, dass man auf etwas Wertvolles stößt. Bis zum 19. Januar kannte ich den Namen *Max Tau* nicht. Aber am Morgen hörte ich beim Autofahren die Sendung «Kalendarblatt» im *Deutschlandfunk*. An diesem Tag wurde an Max Tau erinnert, der vor 125 Jahren geboren worden war, am 19. Januar 1897. Der Beitrag des Radiosenders, so das Ergebnis meiner Recherchen in den folgenden Tagen, war der einzige im Internet zu findende zu diesem Geburtstag. Und auch sonst gibt es nur ein paar wenige Einträge, in denen man ein wenig mehr über Max Tau erfährt.

Das, was ich lesen konnte, hat mich sehr beeindruckt.



ISBN 3-7970-0132-0

Zwei Schulen sind nach ihm benannt. Seit 1967 eine Schule in Kiel, und seit 1998 heisst eine Schule in Norwegen «Deutsche Schule Oslo – Max Tau».

Auf der Internetseite der Kieler Schule las ich: «Max Tau studierte bis 1928 in Kiel Literaturwissenschaft, arbeitete dann in Berlin beim *Cassirer Verlag* als Lektor und gilt als Entdecker vieler wichtiger Schriftsteller, zum Beispiel von *Marie-Luise Kaschnitz*, *Luise Rinser* und *Wolfgang Koeppen*. 1938 halfen ihm Freunde, Deutschland zu verlassen, weil er als Jude in Lebensgefahr war. Viele seiner Angehörigen und Freunde sind von den Nationalsozialisten umgebracht wurden. In Norwegen konnte er leben und arbeiten, bis er 1942 vor den deutschen Besatzern nach Schweden floh. Mitten im Krieg half er dort, einen Verlag für deutsche Literatur zu gründen.»

Herzenswärme

Dann folgen die Passagen, die mich besonders angesprochen haben.

«Nach dem Ende des Krieges 1945 setzte sich Max Tau sofort für die Versöhnung der von den Nationalsozialisten überfallenen Länder mit Deutschland ein sowie für die Aussöhnung von Juden und Christen. Er blieb bis zum Ende seiner Lebenszeit in Oslo, arbeitete dort als Lektor und schrieb Bücher über sein Leben. [...] In seinen zahlreichen Reden sprach er über die Verständigung der Menschen und den Frieden der Völker.

1950 war er der erste Preisträger des *Friedenspreises des Deutschen Buchhandels*. Viele Auszeichnungen und Preise folgten. [...] 1965 ernannte ihn die Kieler Universität zu ihrem Ehrenbürger. [...] Einmal im Jahr besuchte er die Schule, und die Schüler und Lehrer liebten ihn wegen seiner Herzenswärme.»

Es folgt noch ein Satz, den der damalige Schulrat bei der Einweihungsfeier der Max-Tau-Schule am 23. Juni 1967 sagte: «Wer sich zu Max Tau bekennt, bekennt sich zur Verständigung, zur Brüderlichkeit.»

«Versucht, die Menschen einander näher zu bringen»

Der *Deutschlandfunk* zitierte am 19. Januar den Mitbegründer des Friedenspreises, *Friedrich Wittig*: Die Haltung von Max Tau war «keine vage Schwärmerei. Sondern die wissende Liebe eines vom politischen Schicksal gejagten Menschen, der trotz schwerer Erfahrungen den Glauben nicht verloren hat, dass wir alle Geschöpfe eines Gottes sind, verbunden in aller Zerspaltenheit». In seiner Kindheit habe er erlebt, «dass die Konfessionen in Eintracht und Frieden miteinander leben können». Diese Erfahrung habe ihm «die Kraft gegeben, mitzuhelfen, die Wege der Versöhnung zu bahnen». Dann zitiert der Sender noch aus Taus Roman «Denn über uns ist der Himmel»: «Versucht nicht, die Welt durch Pläne und Organisationen zu verbessern. Versucht einander näher zu kommen, die Menschen einander näherzubringen, mit dem Herzen, nicht mit dem Verstand.»

Woanders lese ich, Max Tau habe sich auch dafür eingesetzt, dass *Albert Schweitzer* den Friedensnobelpreis erhält. 1955, drei Jahre nach der Auszeichnung für Schweitzer, hat er ein kleines Büchlein über diesen anderen grossen Menschenfreund geschrieben.

Glaube an den Menschen gegen das Gift des Misstrauens

Natürlich habe ich auch sofort nach der Laudatio und der Rede des Preisträgers selbst anlässlich der Verleihung des ersten *Friedenspreises des Deutschen Buchhandels*

am 22. April 1950 gesucht. Der Laudator *Adolf Grimme*, sozialdemokratischer Politiker in der Weimarer Republik und in der frühen Bundesrepublik, fand damals Worte, die hochaktuell klingen. «Sie [sind] ein lebendiger Zeuge dessen, dass es auch für den einzelnen möglich ist, in einem Zeitalter teuflischer Inhumanität dem Humanen menschliche Gestalt zu geben. Dieser skeptisch belächelte, wenn nicht verachtete Imperativ des «Glaube an den Menschen». Sie haben ihn zum Gesetz Ihres eigenen Lebenswegs gemacht. [...] Und geworden sind Sie es deshalb, weil der Grundzug Ihres Wesens das Vertrauen ist. Wenn mehr Menschen so wären wie Sie, Herr Tau, dann stünde es besser um uns alle und würden die Nationen friedlich miteinander leben. Dass Sie so sind, wie Sie sind, ist nur möglich, weil Sie gegen das Gift des Misstrauens immun geblieben sind, jenes Misstrauen, dass in unserer Zeitlage zu jener Weltkrankheit geworden ist, die den Menschen in seiner nackten Existenz bedroht.»

«Wer den Frieden will, muss erst den Frieden in sich selbst schaffen»

Dann die Sätze von Max Tau selbst – vor mehr als 70 Jahren gesprochen. Sind sie nicht auch heute wieder hochaktuell?

«Es ist nicht die Arbeitslast, die die Menschen drückt, es ist die Sinnlosigkeit, die oft zur Verzweiflung treibt.»

«Der Friede ist unteilbar. Keiner kann ihn allein erreichen. Alle müssen versuchen, ihn zusammen zu finden. Der Krieg ist sinnlos. Keine Macht kann den Frieden diktieren. Nur die geistigen Kräfte vermögen ihn zu sichern.»

«Der Mensch ist einsam geworden. Er kann alle technischen Verbindungen in einem Augenblick herstellen, aber die einzige Verbindung, die ihm unentbehrlich ist, die Verbindung zum Menschen, ist abgebrochen. Die mechanisierte Welt erschwert, was die menschliche fordert. Zu Menschen kann man nur hinwachsen. Wer den Frieden will, muss erst den Frieden in sich selbst schaffen.»

Hoffnung auf die Jugend und das Zusammenwirken der Generationen

Besondere Hoffnung setzte Max Tau auf die Jugend und das Zusammenwirken der Generationen.

«Jeder Mensch wird mit einem Traum geboren. Er will das Wesentliche seines Eigenen in der Welt verwirklichen. [...] Darum müssen wir versuchen, den Geist des Friedens in den Kinderherzen zu bewahren. Darum vermag nur die Jugend eine unpolitische neue geistige Friedensbewegung ins Da-

sein zu rufen. Die jungen Menschen in allen Ländern, die Überlebenden aus den Konzentrationslagern, sie wissen, dass nur der, der sich überwunden hat, die Versöhnung finden kann. Er sieht das Licht in allen Dingen. Er glaubt, weil er sich selbst gefunden hat. Er besitzt Vergebung, weil er die Leiden kennt. Von ihm strahlt der neue Geist der Versöhnung aus.»

Sein Appell an die Jugend:

«Von hier aus geht der Ruf an alle jungen Menschen aller Nationen. Wir möchten so gerne, dass die Jugend zu den Gelehrten ihres Landes geht, um zu erfahren, welche Werte das Leben hat. In jedem Land sollen die jungen Menschen das Märchen ihres Lebens schreiben. Die Eigenart der Anschauung, die Melodie der Muttersprache sollen das hohe Lied vom Leben singen, und der verantwortliche Forscher soll in knappen Sätzen die Gefahr des Krieges verkünden. Die Jugend in allen Ländern soll dann bestimmen, wer das Märchen vom Sinn des Lebens am besten erzählt hat.»

Den Menschen wieder zu einer ethischen Grundlage verhelfen

Von den deutschen Verlegern fordert Max Tau die Einrichtung einer «Friedensbücherei» – er selbst hat sechs Jahre später eine solche in Zusammenarbeit mit internationalen Verlegern gegründet. Der Literatur misst er eine besondere friedensstiftende Bedeutung bei:

«Die Literatur befindet sich in einer Schicksalsstunde. Von ihrem Geist hängt es ab, ob wir den Frieden erreichen können. Sie trägt die Verantwortung, den Menschen wieder zu einer neuen ethischen Grundlage zu verhelfen. [...] Was den Politikern nicht gelungen ist, das muss dem Geist und der neuen Literatur gelingen – die Wiedererweckung des Vertrauens, die Ehrfurcht vor dem Leben und den Respekt vor dem Menschen zu erneuern.»

Am Ende seiner Rede schliesst er den Bogen zum Beginn.

«Die Menschen müssen wieder versuchen, sich zu finden. Der Friede kann nur von Mensch zu Mensch geschlossen werden. [...] Wenn durch die Kraft der Seele wieder das Vertrauen für den Geist erweckt werden wird, dann wird der Himmel des Friedens für alle Länder wieder erreichbar sein. [...] Die Opfer aller Länder haben uns eine Verpflichtung auferlegt. Wir müssen uns der Verpflichtung der Toten würdig erweisen.»

Nun habe ich mir drei Bücher von Max Tau bestellt, antiquarisch: «Trotz allem. Lebenserinnerungen aus siebzig Jahren», «Albert Schweitzer und der Friede» und «Glaube an den Menschen».

LESER  BRIEF

Millionen klagen: «Einer kann ja doch nichts tun!» – Stimmt das?

1943, als Stalingrad passierte, wurde ich an die Flak-Kanonen gerufen, als 16jähriger, und ich habe den Krieg mit Desertieren beendet. Sonst wäre ich heute nicht mehr am Leben. Die 17- und 18jährigen, die nicht davonliefen damals, kamen fast alle im Häuserkampf in Berlin um.

Ich habe nicht so etwas wie Stalingrad erlebt, nur wenige, aber hochgefährliche Situationen. Ich erinnere mich an einen russischen Panzer, der einen blutjungen deutschen Offizier überrollt hat. Ganz am Schluss hatte er sein Leben für das Vaterland geopfert, ein Irrsinn.

Weil ich auf dem Heimweg zu den Russen sagte, ich bin Schweizer, liessen sie mich laufen. Ein Russe nahm mir die Uhr und die Fotokamera weg, aber ich sah es ihm nach, weil er mir gleich Verpflegungskonserven von seinem Lkw als Entschädigung zuwarf. Die waren viel wert in der damaligen Zeit. Menschlich gesehen sind mir die Russen sympathisch.

Es gibt ein Buch von dem Kanadier *James Baques*, «Der geplante Tod», in dem be-

schrieben wird, wie amerikanische Soldaten in ihren Gefangenenlagern Lebensmittel wegwarfen oder vor den hungernden Gefangenen verbrannten. Wochen nach der Kapitulation gab es noch im Rheinwiesengelände ein Todeslager der Amerikaner.

Nach dem Krieg fragte ich mich: «Wie hat das passieren können? Das habe ich nicht gewusst! Das soll keiner als Entschuldigung noch einmal vorbringen können, dazu will ich beitragen.»

Ich bin in die Friedensbewegung gegangen und in den Umweltschutz. Wyhl war ein Lehrstück. Da war ich als Amateurfilmer dabei, beim wichtigen Film «S'Wespennest» (110 Minuten), 8 mm Filmformat, war ich dabei, habe zwanzig Minuten Film beige-steuert. In Markolsheim fing es an, dann in Kaiseraugst in der Schweiz und Gerstheim. Dort haben wir verhindert, dass ein Strommast der EDF (*Electricité de France*) in Betrieb genommen wurde.

Die Zeit in Wyhl war eine der schönsten Zeiten meines Lebens. Man war sich so

einig, übte Solidarität gegen mächtige Gegner. «Zämme simmer stark!»

Ich versuche, mich zu informieren. Die «Annexion der Krim» wird in die Köpfe manipuliert, ständig wiederholt. Das ist Propaganda.

In der «Frankfurter Allgemeine Zeitung» war ein Artikel eines Hamburger Rechtswissenschaftlers, eines Völkerrechtlers: «Die Annexion war eine Sezession, dazu mit Abstimmung gutgeheissen!»

Drei Sachen sind für die Amerikaner in ihrer Europa-Politik wichtig: to keep the Americans in, to keep the Russians out (gegen gute Zusammenarbeit Russlands mit Deutschland und Europa); to keep the Germans down.

Wie die Amerikaner das ausnutzen, wo es geht, streuen sie Salz in die Wunden (zum Beispiel in Polen).

Die Amerikaner stellen den Russen heute Fallen, so dass *Putin* reagieren muss, das ist bössartig. Man sollte statt dessen zusammenarbeiten.

Wenn die Oberen wollen, dann geht es mit der Versöhnung. So, wie die deutsch-französische Versöhnung eingeführt wurde, ist es ein Vorbild.

Die Sprache des Nachbarn zu lernen schafft Freundschaft und dient der Völkerverständigung. Ende des letzten Jahres schilderte die Autorin eines Zeitungsartikels ihre Schritte beim Französischlernen: Sie hatte Schwierigkeiten, die Sprache zu lernen. Die erste Lehrerin der Autorin war eine störrische Person und auch mürrisch, die Autorin hatte ein «Mangelhaft» gekriegt. Und dann hat sie eine jüngere Lehrerin gehabt. Die hat es verstanden, die Schüler zu motivieren. Und da bekam sie ein «Sehr Gut». Man kann dabei sehen, wie es auf den Lehrer ankommt.

Die Versöhnung Russland-Deutschland wäre die Vollendung Europas, wie sie *Gorbatschow* anstrebte. Und *de Gaulle* schwebte ein «Europa der Vaterländer» vor, ohne Super-Regierung in Brüssel.

Ernst Udo Kaufmann, Müllheim (DE)

Ein Leben für Menschenrechte, Versöhnung und Frieden

Zum Buch «Niemals verzweifeln» von Gerhart Moritz Riegner

von Tobias Salander

Im vergangenen Jahr jährte sich zum 20. Mal der Todestag Gerhart Moritz Riegners, eines Zeitzeugens und Mitgestalters der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Als «Warner und Mahner» würdigte ihn damals die «Neue Zürcher Zeitung» in einem Nachruf (<https://www.nzz.ch/article7TYCU-1.506318>).

Anlass genug, die Autobiographie mit dem Titel «Niemals verzweifeln – sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte» zur Hand zu nehmen und einige schicksalhafte Ereignisse des 20. Jahrhunderts aus der Sicht des Zeitzeugen Revue passieren zu lassen. Riegner, vielfach ausgezeichnet und geehrt, unter anderem als Ehrendoktor der Universität Luzern, war über 60 Jahre lang für den Jüdischen Weltkongress (JWK) aktiv, lange Jahre als dessen Generalsekretär. Er war Verfasser des berühmten gewordenen «Riegner-Telegramms», welches 1942 die Westmächte über den Massenmord an den Juden in Europa informierte – leider ohne gross auf Gehör zu stossen. Nach dem Krieg engagierte er sich bei der Ausformulierung der Menschenrechtserklärung der Uno und den späteren Antidiskriminierungserklärungen. Wichtig war ihm auch die Verbesserung der Beziehungen des Judentums zu den christlichen Kirchen, wobei er unter anderem regen Anteil nahm an der Entstehung von «Nostra aetate», der Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Haltung der katholischen Kirche zu den nicht-christlichen Religionen von 1965. Nicht zu vergessen sind seine bei aller Kritik doch auch würdigenden Worte für die Haltung der grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, den Riegner in Genf überstand.

Gerhart Riegners Autobiographie ist eine Fundgrube für jeden an Geschichte und damit der eigenen Herkunft Interessierten. Aus der Fülle des Materials können hier nur einige wenige Punkte hervorgehoben werden, die aber geeignet sind, einen Beitrag zu einem differenzierteren Bild ausgewählter historischer Ereignisse zu leisten. Nebst niederschmetternden Abläufen schildert Riegner aber auch viel Aufbauendes und Hoffnungsvolles. Dass Zeitzeugen-Aussagen wie andere Geschichtsquellen immer mit der gebührenden quellenkritischen Vorsicht zu behandeln sind, versteht sich dabei von selbst.

Riegners frühe Einschätzung von Hitler durch «crazy rabbi» bestätigt

Im Jahre 1936 übernahm der 1911 in Berlin geborene Gerhart Moritz Riegner in Genf die Leitung des Büros des Jüdischen Weltkongresses (JWK). Dieser war im selben Jahr gegründet worden für den Kampf gegen Hitler und zum Schutz der jüdischen Minderheiten in Osteuropa. Zu dem Zeitpunkt hatte der 25jährige schwere Jahre hinter sich, ungleich viel schlimmere sollten noch folgen. Einer grossbürgerlichen, weltoffenen und hoch gebildeten jüdischen Berliner Familie entstammend, interessierte er sich früh für die politischen Belange der Weimarer Republik. Schon als Kind wurde er durch Beschimpfungen auf sein Jude-Sein aufmerksam, und wie so viele warf auch ihn der Antisemitismus auf seine Wurzeln zurück. Schon 1933 war dem jungen Jura-Studenten, der 1930 «aus Verzweiflung» Zionist geworden war, klar gewesen: Im Deutschen Reich unter der Herrschaft der Nationalsozialisten war jüdisches Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit nicht mehr möglich. Er kam nicht umhin, die Feigheit der deutschen Intellektuellen zu konstatieren, die er nie mehr vergessen konnte. Aber auch ein Grossteil seiner jüdischen Landsleute wollte seine Warnungen nicht hören und blieb – leider zu lange – in Deutschland. Bestärkt in ihrer das drohende Unheil verdrängenden Haltung wurden sie, so Riegner noch Jahrzehnte danach voller Konsternation, von einem US-Rabbiner, den jüdische Organisationen aus den USA nach Deutschland gesandt hatten, um dort gegen einen anderen US-Rabbi, Stephen Samuel Wise, Stellung zu nehmen und vor ihm zu warnen, denn er sei bekannt als «crazy rabbi». Was hatte aber Wise, der glühende Zionist, Ehrenpräsident des American Jewish Congress und spätere Mitgründer und erste Präsident des

JWK angeblich so Abwegiges gesagt? Er hatte unmittelbar nach Hitlers Machtergreifung zum Boykott von Nazi-Deutschland aufgerufen und gewarnt, was derzeit in Deutschland geschehe, könne sich morgen in jedem anderen Land ereignen, wenn man es nicht stoppe: «It is not the German Jews who are being attacked. It is the Jews». (<https://www.worldjewishcongress.org/en/bio/rabbi-stephen-s-wise>)

Riegner bedauert, dass diese glasklare Einschätzung von Rabbi Wise aus dem Jahr 1933 von den eigenen Glaubensgenossen derart torpediert wurde. Wenn jüdische Organisationen in den USA versagt hätten, wie hätten dann die Massen den Ernst der Lage erkennen sollen?

Riegners Flucht führte ihn zuerst nach Paris, dann nach Genf in die neutrale Schweiz. Und von hier aus setzte er sich die nächsten 60 Jahre mit all seinen Kräften für die Verteidigung und den Schutz nicht nur jüdischen Lebens weltweit ein. Er sah die Katastrophe auf die Juden und den Weltfrieden zukommen, konnte sie aber nicht aufhalten – wegen der moralischen Gleichgültigkeit und des politischen Opportunismus einer Grosszahl von Menschen, aber auch Staaten.

Das Riegner-Telegramm enthüllt die «Endlösung»

Am 29. Juli 1942 rief Benjamin Sagalowitz, Pressechef des Schweizerischen israelitischen Gemeindebundes in Zürich, bei Riegner in Genf an, er habe Informationen eines deutschen Grossindustriellen namens Eduard Schulte erhalten, wonach Hitler einen Massenmord an den Juden in Osteuropa plane – mit Blausäure. Beide benötigten einige Tage, diese Botschaft wirklich aufzunehmen. Natürlich wusste Riegner, dass Hitler am Jahrestag der Machtergreifung 1939 die Juden der Kriegshetze beschuldigt und prophezeit hatte, das werde zum Ende der Juden in Europa führen, und dies wiederholte er 1940, 1941 und 1942. Aber war das für bare Münze zu nehmen? Hatte man nicht auch «Mein Kampf» nicht ernstgenommen? Aber da waren die Verhaftungen und Deportationen von Juden in ganz Europa im Sommer 1942. Und man kannte das System der Konzentrationslager in Deutschland. All das liess die Warnung des deutschen Industriellen glaubhaft scheinen.

Dass es nach dem Überfall auf die Sowjetunion zu grauenhaften Massakern an Juden gekommen war, wusste Riegner ebenfalls. Und Anfang 1942 hatte er von Tötungen durch Gas in Bussen erfahren. So vertraute sich Riegner Paul Guggenheim an, dem juristischen Berater des JWK und Schweizer Jura-Professor, mit dem Ziel, die USA und Grossbritannien zu informieren. In der Folge traf Riegner den Vizekonsul der USA in Genf. Er bat ihn, die US-Regierung in Kenntnis zu setzen, den Sachverhalt durch die Geheimdienste verifizieren zu lassen und den Präsidenten des JWK, besagten Stephen Samuel Wise, in Kenntnis zu setzen, einen persönlichen Freund von Präsident Roosevelt. Das zu übermittelnde Telegramm informierte über den Plan des «Führers», vier Millionen Juden in Osteuropa zu töten, und nannte als nicht verifizierte Quelle besagten deutschen Industriekapitän mit Beziehungen zur Nazi-Führung.

Vom Vizekonsul in Genf ging das Telegramm an die US-Botschaft in Bern, von dort an das US-State Department in Washington. Dasselbe veranlasste Riegner im britischen Konsulat. Mit der Bitte, das Telegramm an den britischen Führer des JWK zu senden, der dann Wise informieren solle. Dies in weiser Voraussicht, denn effektiv leitete das US-State Department das Telegramm nicht an Wise weiter, mit der Begründung, es sei «unbegründeten Charakters»! Wise erhielt das Telegramm dann drei Wochen später, am 28. August 1942. Sofort informierte er Sumner Welles, den stellvertretenden US-Aussenminister, der aber nichts veröffentlichten wollte, bevor es nicht vom Vatikan und vom IKRK verifiziert war. Doch diese sahen sich ausserstande, die Warnung zu bestätigen. In Grossbritannien fragten sich die zuständigen Kreise, wer dieser Riegner sei, denn sie woll-

ten seiner Warnung keinen Glauben schenken. Dabei, so Riegner, sei heute ja bekannt, dass der britische Geheimdienst 1941 den deutschen Funk-Code knacken und alles über die 1942 in Wannsee beschlossene «Endlösung» mithören konnte.

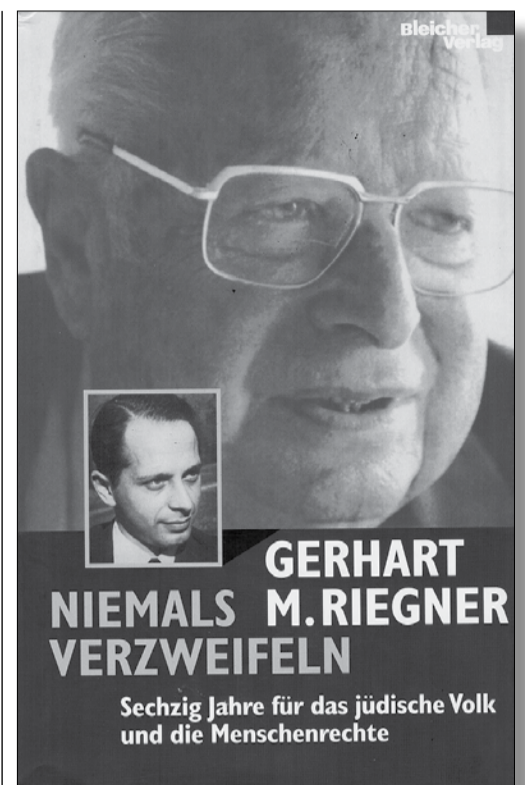
Riegner war geschockt über die Langsamkeit der Reaktionen der Alliierten. So sammelte er weitere Informationen: Briefe aus Warschau über die täglichen Deportationen, Berichte aus Riga und den Bericht von Schweizer Ärzten, die an die Ostfront fuhren und deutsche Soldaten pflegten – gegen das ausdrückliche Verbot des Eidgenössischen Militärdepartements. Auch das IKRK bestätigte Riegner nun, von Deutschen solche Berichte gehört zu haben. Und der deutsche Industrielle, der als erster vom Plan der Endlösung berichtet hatte, bestätigte bei einem weiteren Besuch in der Schweiz, Hitler habe den Befehl zur Umsetzung erteilt, die laufe nun an. Alle diese Beweismittel übermittelte Riegner weiter an den Konsul der USA in Genf.

Mitte Oktober 1942 wurde Riegner schliesslich in die US-Botschaft in Bern eingeladen; er erschien mit dem Vertreter der Jewish Agency und legte ein Memorandum vor mit Aussagen von Augenzeugen. Darin nannte er auch den Namen des deutschen Industriellen Eduard Schulte. Der Botschafter hielt alles für glaubwürdig, liess sich von einigen Zeugen eine eidesstattliche Erklärung geben und sandte das Konvolut in die USA, wo der stellvertretende Aussenminister Sumner Welles Stephen Wise gegenüber die Richtigkeit der Befürchtungen bestätigte. Der JWK dürfe nun an die Öffentlichkeit gehen. Das taten Wise und Nahum Goldmann, Mitbegründer des JWK und dessen Präsident von 1951 bis 1978, sofort, und die amerikanischen und britischen jüdischen Organisationen machten nun Druck auf ihre Regierungen, endlich zu handeln. Und so wandten sich schliesslich am 17. Dezember 1942 die Regierungen der USA, Grossbritanniens und der UdSSR gemeinsam mit zahlreichen europäischen Exilregierungen in einer in Washington, London und Moskau veröffentlichten gemeinsamen Erklärung gegen die nationalsozialistische Ausrottungspolitik gegenüber den europäischen Juden. Darin wurde über die Deportationen nach Osteuropa berichtet, aber auch über den Massenmord in Polen und das System der Zwangsarbeit. Die Verantwortlichen würden nach dem Krieg zur Rechenschaft gezogen.

Doch die Erklärung entpuppte sich als blosses Lippenbekenntnis. Auf die konkreten Vorschläge der jüdischen Organisationen, wie die Juden zu retten seien, gaben die Alliierten zur Antwort, man müsse zuerst den Krieg gewinnen. Und die spätere Aufforderung, doch die Schienenwege nach Auschwitz und die Krematorien zu bombardieren, wurde zurückgewiesen mit dem fadenscheinigen Argument, die Bomber hätten nicht diese Reichweite – die Industrieanlagen der IG-Farben in Auschwitz-Monowitz allerdings, fünf Kilometer von Auschwitz entfernt, wurden von den alliierten Bombern ohne Probleme unter Beschuss genommen.

Als Leser leidet man mit Riegner und den Opfern mit und ist bestürzt ob der Indolenz der Alliierten. Riegner stellt sich die Frage, warum man gescheitert sei, und sieht den Grund im weitverbreiteten Antisemitismus gerade auch bei den Alliierten. So nahmen die USA kaum Juden auf, ebensowenig die Briten, die ausserdem Palästina als Zufluchtsort abriegelten. Die US-Kriegsschiffe, die Material nach Grossbritannien transportierten, hätten auf der Rückfahrt ohne Probleme Zehntausende von jüdischen Flüchtlingen mitnehmen können. Auch der Freikauf der etwa 200 000 deutschen Juden, den Nahum Goldmann 1942 erwog, wurde von den Alliierten abgelehnt – zuerst müsse der Krieg gewonnen werden, tönte es gebetsmühlenartig aus London und Washington.

Nebst dem Antisemitismus im US-State Department und der moralischen Gleichgültigkeit der zivilen Bürokraten und hohen Militärs ortet Riegner als weitere Ursache für das Scheitern der Rettungsbemühungen die Monstrosität des Verbrechens, welches beisspiellos war und schlicht jenseits des Vor-



ISBN 3-88350-669-9

stellbaren. Zudem habe es im Ersten Weltkrieg viele «fake news», wie man heute sagen würde, über angebliche deutsche Greuelthaten gegeben, die dann nach dem Krieg aufgedeckt wurden. Kam hinzu, dass die Nazis die «Endlösung» absolut geheim durchführten, auch die Sprache anpassten, um den Sachverhalt zu verwischen.

Und last but not least betont Riegner, dass die Juden damals kaum Einfluss auf die Politik hatten, ein Umstand, den man sich heute kaum mehr vorstellen könne angesichts der Stärke Israels und des Einflusses, welche die amerikanischen Juden auf die Politik hätten.

Eine grosse Enttäuschung für Riegner war auch die Bermudakonferenz vom März 1943, wo sich Briten und US-Amerikaner trafen – unter Ausschluss der jüdischen Organisationen – und unter Geheimhaltung entschieden, nichts für die Juden zu unternehmen. Die Begründung? Zuerst müsse der Krieg gewonnen werden.

Wen wundert es, dass der Gedanke, die Juden bräuchten nun einen eigenen Staat, unter den jüdischen Gruppierungen ab 1943 mehrheitsfähig wurde? David Ben Gurion hatte dies schon 1942 formuliert: Das Ziel der Juden in diesem Krieg müsse sein, einen eigenen Staat zu erlangen.

Zusammenarbeit von JWK und IKRK

Regen Kontakt bezüglich humanitärer Hilfe hatten Riegner und der JWK bereits während des Spanischen Bürgerkriegs zum Internationalen Komitee vom Roten Kreuz. Die leider erfolglosen Bemühungen des IKRK von 1934, die Genfer Abkommen um den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten zu erweitern, wurden von Riegner und dem JWK nach dem Krieg erfolgreich unterstützt.

Gegen Ende des Krieges gelang es Riegner, das IKRK, welches er auch einer massiven Kritik unterzieht, dazu zu bewegen, mit den Nazis Gespräche über die Lage der Lagerinsassen zu führen. Und effektiv gewährten die Nazis dem IKRK Zutritt zu allen Lagern bis zum Kriegsende. Das war ein wirksamer Schutz gegen den in den letzten Kriegsmonaten zu erwartenden Massenmord. Und am 21. April 1945 empfing Himmler, der auf einen Separatfrieden mit den Westmächten hoffte, gar den Gesandten des JWK Norbert Masur bei Berlin, ebenso Graf Folke Bernadotte, den Vizepräsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes. Es konnten so Hunderttausende gerettet werden, worüber, das streicht Riegner besonders hervor, in den Büchern über die Shoah nie geschrieben werde; ein Umstand, über den er sich wunderte.

Die Schweiz rettete mehr Juden als die meisten anderen Länder

Es fällt bei Riegners Ausführungen wohl-tuend auf, dass er stets einen eigenen Standpunkt einnimmt, genährt von seiner Zeitgenossenschaft, zumeist fern jeder

Fortsetzung auf Seite 11

«Ein Leben für Menschenrechte, ...»

Fortsetzung von Seite 10

Schwarzweissmalerei oder ideologischer Engführung. So auch, wenn er sich der Rolle seines langjährigen Gast- und Zufluchtslandes Schweiz zuwendet.

So gibt Riegner bei aller scharfer Kritik am Verhalten der Behörden der Schweiz zu bedenken, dass die geostrategische Lage der Eidgenossenschaft bei der Beurteilung ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg nicht aussen vor gelassen werden darf. Ab 1940 sei die Schweiz fast gänzlich von den Achsenmächten eingekreist gewesen, es mussten also Rohstoffe und Nahrungsmittel importiert werden, dabei war man auf den Goodwill der Nazis angewiesen. Das sei eine sehr gefährliche Situation gewesen, er selbst habe mit gepacktem Rucksack gelebt, um jederzeit in die Schweizer Alpen fliehen zu können. Er nahm als Zeitzeuge die militärische Bedrohung anders als gewisse Historiker, die im nachhinein urteilten, sehr ernst. Deshalb, so Riegner, sei der Schweiz gar nichts anderes übriggeblieben, als für die deutsche Wirtschaft zu arbeiten, ansonsten hätte es Massenarbeitslosigkeit, Unruhen und einen Zuwachs der Fröntler gegeben. Auch hier zeigt Riegner deutlich auf, wie schwierig es für die Schweiz war, dass sie keine andere Wahl hatte! Ständig habe man mit einem Einmarsch der Wehrmacht rechnen müssen.

Wie viele Zeitgenossen stiess sich Riegner an der anpasserischen Rede von Bundesrat *Pilet-Golaz*, und wie viele empfand er die Rütli-Rede General *Henri Guisans* als wohlthuendes Korrektiv. Und: Die grosse Masse der Schweizer habe sich ernsthaft verteidigen wollen. Es seien gewisse Politiker gewesen, die Zugeständnisse machten, welche die Bevölkerung abgelehnt hätte, hätte sie davon gewusst. Überhaupt lässt Riegner wenig auf die Schweizer Bevölkerung kommen. Allgemein habe man die Nazi-Propaganda nicht goutiert. Natürlich habe es Schweizer Nazi-Freunde gegeben, die Frontisten, auch in der französischen Schweiz. Aber sie hätten nie mehr als 10 Prozent der Bevölkerung ausgemacht. Und: Je näher die Menschen an der Grenze lebten, desto stärker die Ablehnung der deutschen Nationalsozialisten und der italienischen Faschisten! Was die Schweizer Presse betrifft, sei sie den Nazis ein Dorn im Auge gewesen.

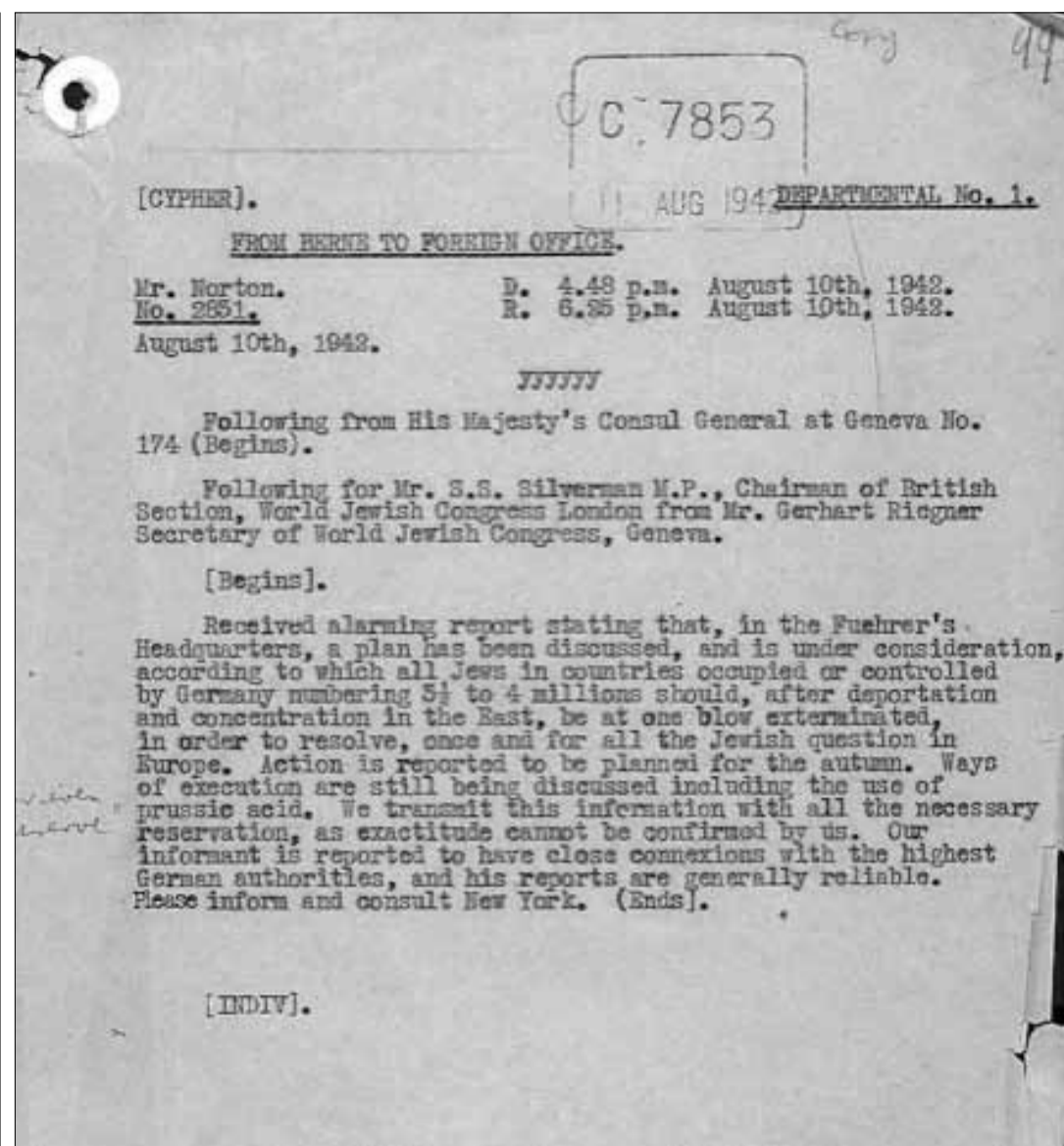
Bezüglich der offiziellen Schweizer Flüchtlingspolitik stimmt Riegner ganz mit dem *Bonjour*-Bericht überein, der diese als zu engherzig kritisierte; es wäre viel mehr möglich gewesen. Aber auch hier differenziert Riegner wohlthuend, wenn er zwischen der offiziellen Politik und deren oft nicht konsequenten Durchsetzung unterscheidet.

Insgesamt habe die Schweiz 28 500 Juden gerettet, mehr, und dies betont Riegner speziell, als die meisten anderen Länder! Dennoch hätte man dreimal so viele Juden retten können. Schliesslich habe man auch 100 000 Soldaten aufgenommen.

Wie in allen anderen Ländern habe man auch in der Schweiz die Juden nicht haben wollen – selbst unter den Schweizer Juden sei eine Zeit lang eine Zurückhaltung zu spüren gewesen. Der *Schweizerische Israelitische Gemeindebund* sei zwar Mitglied des JWK gewesen. Doch deren Präsident sei während des Krieges auf Distanz zum JWK gegangen, auf Grund einer falsch verstandenen Neutralität der Schweiz. Und er habe eher auf der Seite der Regierung gestanden und deren restriktive Flüchtlingspolitik mitgetragen. Nach dem Krieg habe er sich Riegner gegenüber zu rechtfertigen versucht. Sein Nachfolger sei dann mutiger gewesen.

Auch wenn Riegner in der damaligen Schweiz wie in den anderen Ländern einen tiefsitzenden Antisemitismus konstatiert, würdigt er doch den Widerstand in der Bevölkerung gegen die harte Umsetzung der Flüchtlingspolitik. Man unterschied ja im Krieg zwischen politischen und «Rassenflüchtlings». Letztere hatten kein Asylrecht. Dennoch wurden bis 1942 nochmals 1200 Juden in der Schweiz aufgenommen, trotz allem, hält Riegner fest.

Am 13. August 1942 wurde dann den sogenannten «Rassenflüchtlings» das Asyl verweigert. Mindestens 30 000 bis 40 000 Juden wurden abgewiesen, in die Hände der Gestapo. Man wusste, dass man sie in den sicheren Tod schickte. Doch dann kam es zum Aufstand von links bis rechts gegen diese harten Massnahmen, was Riegner zutiefst



Das berühmte «Riegner-Telegramm», mit welchem Gerhart Riegner die Welt über den Holocaust aufklären wollte – zunächst ohne auf Echo zu stossen. (Bild www.nationalarchives.gov.uk/wp-content/uploads/2017/09/2_FO-371-30917-Riegner.jpg)

beeindruckte. Auch Kirchen kritisierten die Regierung. Die Interventionen bewirkten eine Lockerung der Bestimmungen. Kinder bis zum 16. Lebensjahr wurden nun ohne Beschränkung aufgenommen, auch deren Eltern. Auch über 65jährige, Kranke und Schwangere. Und nach dem Sturz *Mussolini* öffnete die Schweiz ihre Tore weit für die italienischen jüdischen Flüchtlinge!

Riegner erteilt der Schweiz, und dies vor dem Bergier-Bericht, für die Aufarbeitung der Geschichte gute Noten. So habe der *Ludwig*-Bericht die Flüchtlingspolitik gut aufgearbeitet, auch die neunbändige Geschichte der Schweizer Neutralität von *Edgar Bonjour* und die Studie von *Jean-Claude Favez* «Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich» hätten die Geschichte offen und ehrlich dargestellt und zur Revision des Flüchtlingsrechts geführt.

Und schliesslich habe der damalige Bundespräsident *Kaspar Villiger* 1995 eingestanden, dass man Schuld gegenüber den Juden auf sich geladen habe. Und der St. Gallerer Polizeipräsident *Paul Grüniger* sei ja ebenfalls 1995 rehabilitiert worden. Er hatte Hunderte österreichischer jüdischer Flüchtlinge nach dem «Anschluss» in die Schweiz einreisen lassen.

Riegners Einsatz für die Menschenrechte

Eine Frage, die nicht nur Riegner umtrieb, war jene, wie Massenmorde dieses Ausmasses künftig zu verhindern seien. Im Ringen um die Beantwortung der Frage nach der Prävention von Völkermord traf sich der *Jüdische Weltkongress* 1944 in Atlantic City, New Jersey. Thema war einmal mehr die Rettung der europäischen Juden. Die Delegierten verlangten ausserdem für die Zukunft die Verabschiedung einer Menschenrechts-Erklärung, die Gleichberechtigung aller Bürger in jedem Land, den Schutz der Minderheiten und dass der Antisemitismus künftig strafrechtlich zu verfolgen sei. Des weiteren wurden die Verhaftung der Täter seit 1933, Restitutionen und eine kollektive Wiedergutmachung verlangt. Zudem die Errichtung einer sicheren Heimstätte für das jüdische Volk im britischen Mandatsgebiet Palästina.

Riegner und der JWK setzten sich nun auch mit ganzer Kraft für die Formulierung der Menschenrechte und der Charta der Vereinten Nationen ein. Er weist auf die zehn Gebote und die Achtung vor dem anderen Menschen hin, die als jüdische Wurzeln der Menschenrechte gelten könnten. Generell könne man sagen, dass die Geschichte der Juden der Neuzeit die Geschichte des Kampfes um die Menschenrechte sei. Auch wenn viele Länder den Menschenrechten gegen-

über zurückhaltend gewesen seien, da sie diese als Einmischung in die inneren Angelegenheiten empfanden, habe sich der JWK explizit dafür eingesetzt, dass man bei deren Verletzung von seiten der Völkergemeinschaft eingreifen könne. Mindestens fünf Artikel der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Uno trügen den Stempel des JWK, so Artikel 26 mit dem Recht jedes Menschen auf Bildung und auf Schulbesuch, Artikel 30, der festhält, dass man nicht gegen die Erklärung handeln dürfe, und Artikel 29, der fest schreibt, dass nicht gegen die Grundsätze der Uno gehandelt werden dürfe. Auch Artikel 14 zum Asylrecht, Artikel 7 über das Diskriminierungsverbot und Artikel 11 zum Verbot von rückwirkenden Gesetzen seien vom JWK zugespitzt worden. Mit der Überführung der nicht verbindlichen Erklärung in die beiden Pakte über bürgerliche und politische Rechte sowie über kulturelle, soziale und wirtschaftliche Rechte im Jahr 1966 sei es gelungen, Naturrecht in positives Recht zu verwandeln.

Nachdem es 1959 weltweit eine Welle von antisemitischen Schmierereien gegeben habe, seien Riegner und der JWK aktiv geworden, und 1963 wurde die *Antidiskriminierungserklärung auf Grund der Rasse/Ethnie* verabschiedet, 1965 die Konvention.

Länger ging es bei der *Antidiskriminierungserklärung auf Grund der Religion oder der Überzeugung*. Im Jahre 1981 gelang hier dem JWC unter Riegner die Verabschiedung zusammen mit dem Vatikan, dem es um die Christen in Osteuropa ging.

Und es war Riegners Verdienst, dass in der *Charta von Paris* von 1990 für ein neues Europa Paragraph 4 den Rassismus und Antisemitismus verurteilte.

Dass der Schutz der Menschenrechte ab den späten neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts auch als Vorwand missbraucht wurde, völkerrechtswidrige Angriffskriege zur Durchsetzung eigener Machtinteressen zu führen, wird in seinem 1998 erstmals auf Französisch erschienenen Buch nicht mehr thematisiert. Und auch, was das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinenser betrifft, hätte man gerne noch mehr erfahren. Er äusserte sich in seinem Buch lediglich dahingehend, dass die Amtszeit von Premierminister *Benjamin Netanyahu* der Sache Israels und des Judentums weltweit geschadet habe.

Riegners Beitrag zur christlich-jüdischen Versöhnung

Bei der Suche nach den Gründen für das Verbrechen der Shoah muss man auch das Verhältnis von Christentum und Judentum unter die Lupe nehmen. Auch wenn die nazifreundlichen «Deutschen Christen», die rassistisch,

antisemitisch und am Führerprinzip ausgerichtet waren, den Juden Jesus kurzerhand und dummdreist zum Arier erklärten, so waren und blieben die Nationalsozialisten klar gegen die Grundprinzipien des Christentums eingestellt, und ihr Rassenwahn widersprach diametral der christlichen Auffassung, wonach alle Menschen als Ebenbild Gottes einer grossen Familie angehören. Dennoch konnte ihr biologischer Rassenantisemitismus bei jahrhundertalten antijudaistischen Ressentiments der christlichen Denominationen anknüpfen. Beginnend mit spät verfassten, die Polemik zwischen den sich trennenden Gruppen der Christen und des rabbinischen Judentums widerspiegelnden Stellen im *Neuen Testament*, dann bei den Kirchenvätern des dritten und vierten Jahrhunderts, beim heiligen *Thomas von Aquin* und ungezählten Konzilien: Die Verächtlichmachung und Herabwürdigung der Juden zog sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Christentums. Immer wieder gab es Versuche, das Verhältnis der Christen zu den Juden auf einen neuen Boden zu stellen, doch erst das ernsthafte und vertiefte Nachdenken über die Shoah brachte einen entscheidenden Durchbruch. Riegner war massgeblich beteiligt an den Versuchen der katholischen Kirche und des *Weltkirchenrats*, einem ökumenischen Zusammenschluss von Hunderten von protestantischen, reformierten, anglikanischen und orthodoxen Kirchen, ihr Verhältnis zum Judentum neu zu definieren. Dass er dabei die Rivalitäten der verschiedenen christlichen Richtungen auszunutzen wusste, gesteht er freimütig ein. Insbesondere beim epochalen Bruch der katholischen Kirche mit ihrer zweitausendjährigen Tradition der «Lehre der Verachtung» (*Jules Isaac*) der Juden war Riegner mit Lobbying im Hintergrund dabei. Beginnend mit der Konzils-Erklärung «*Nostra aetate*» von 1965, besonders deren Kapitel 4 zum Verhältnis zum Judentum, begann eine Annäherung der katholischen Kirche an das Judentum. Nicht länger wurden Juden als Gottesmörder, Verstockte und Blinde, von Gott Verworfen und mit der Diaspora Bestrafte tituliert, denen Gott den alten Bund aufgekündigt habe. In mehreren Dokumenten bis in unsere heutige Zeit wurden die Juden von den Katholiken als «bevorzugte und ältere Brüder», so Papst *Johannes Paul II.*, und «Väter im Glauben», so Papst *Benedikt XVI.*, als Verehrer ein und desselben Gottes Israels bezeichnet. Schliesslich wurde damit auch der Weg frei gemacht für die Anerkennung des Staates Israel durch den Vatikan im Jahre 1993, da die Katholiken die Juden nun nicht mehr als in der Diaspora verharren Müssende betrachteten, da der Vorwurf des Gottesmordes wie erwähnt schon 1965 mit «*Nostra aetate*» verworfen worden war. Riegner hatte bei dieser Annäherung eine wesentliche Rolle gespielt und wurde denn auch zur feierlichen Beurkundung offiziell eingeladen. Riegner, der 2001 verstarb, hatte noch die Bitte um Verzeihung von Papst Johannes Paul II. im Jahr 2000 in Rom und Israel miterleben dürfen, auch eine erste Reaktion liberaler jüdischer Vertreter auf «*Nostra aetate*», ebenfalls im Jahr 2000; doch diese Erklärung war von jüdisch-orthodoxen Kreisen noch scharf kritisiert worden. Riegner erlebte nicht mehr, dass sich ab 2011, fast fünfzig Jahre nach der Konzils-Erklärung «*Nostra aetate*», auch orthodoxe jüdische Gruppen dem Dialog und damit der Versöhnung mit dem Vatikan zuwandten, indem sie betonten, dass trotz aller unüberbrückbaren Gegensätze bezüglich Jesus die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen seien: der Einsatz für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Riegner hätte seine helle Freude daran gehabt, war ihm doch diese Versöhnung der Menschen verschiedenen Glaubens ein Herzensanliegen.

Es lohnt sich, das Buch selber zur Hand zu nehmen und sich auf eine Tour d'Horizon durch das 20. Jahrhundert zu begeben, mit all seinen Katastrophen, aber auch mit all seinen gegliederten Begegnungen von Menschen unterschiedlichster Provenienz mit dem grossen Ziel, mehr Mitmenschlichkeit zu erreichen. •

Literatur:

Riegner, Gerhart. *Niemals verzweifeln: sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte*; aus dem Französischen von Michael von Killisch-Horn. Gerlingen 2001

https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_nostra-aetate_ge.html

<https://icjs.org/dabru-emet-text/>

http://www.indialog.org/dokumente/jeru_rom_wortlaut.pdf

Menschsein im christlichen Glauben mit Blick auf das Weltgeschehen

Nachruf auf Bischof Dr. Elmar Fischer

von Eva-Maria Föllmer-Müller

Am 19. Januar 2022 verstarb Bischof Dr. Elmar Fischer im Alter von 85 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit in Feldkirch im österreichischen Vorarlberg. Elmar Fischer war Ehrenmitglied der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik». Seine Beisetzung im Feldkircher Dom erfolgte am 28. Januar unter Teilnahme von zahlreichen kirchlichen und politischen Würdenträgern, Priestern, den Angehörigen, Freunden und Bekannten. Vor Beginn des Beerdigungsgottesdienstes läuteten für 15 Minuten in allen Pfarreien des Bundeslandes die Kirchenglocken.

Es war ein würdiger und würdigender und auch sehr persönlicher Abschied von Bischof Fischer. Geleitet wurde das Requiem von Bischof Benno Elbs, dem ehemaligen Schüler und Nachfolger von Elmar Fischer. «Im Namen der Diözese Feldkirch möchte ich Altbischof Elmar Fischer für seinen Dienst als Priester und Bischof danken. Mit seinem jahrelangen Engagement hat er wichtige Akzente für die Wertschätzung und die Unterstützung von Familien in unserem Land gesetzt», würdigte ihn Bischof Elbs. Elmar Fischers Vorgänger, Bischof Klaus Küng, hielt die Predigt.

«Bischof Elmar hat sich nie als etwas Besonderes angesehen, als besonders begabt, besonders geschickt, besonders geeignet. Vermutlich hat er sich nicht einmal für besonders tugendhaft gehalten, aber er hatte dieses Verlangen, das Reich Gottes in allem zu suchen», betonte Klaus Küng in seiner Predigt.

Aktives Mitwirken bei «Mut zur Ethik»

Seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» im Jahre 1993 hat Bischof Fischer, damals noch Generalvikar, die jeweils dreitägigen Jahreskongresse, die über viele Jahre in Feldkirch stattfanden (danach in der Schweiz), besucht und dabei aktiv mitgewirkt.

Die Grundanliegen der Kongresse waren und sind bis heute, dass man in den Gemeinsamkeiten zusammenarbeitet und sich in den kleineren bis mittleren Unterschieden leben lässt. Gemeinsamer Boden ist der demokratische Rechtsstaat und sind die bewährten Werte der christlich-abendländischen Kultur. Diese Grundanliegen teilte Bischof Fischer voll und ganz und lebte grosse Toleranz gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen.

«Mut zur Ethik» wurde ihm zu einem Herzensanliegen, und wann immer es seine knapp bemessene Zeit zuließ, kam er während der drei Tage, und er hörte genau zu, auch wenn

«Ein grosses Anliegen waren ihm die jungen Menschen»

«Er ist gern klettern gegangen, einige Male habe ich ihn auch begleitet. [...] Ein grosses Anliegen waren ihm die jungen Menschen. Er hat an der Lehrerbildungsanstalt studiert. Er stammt aus einer Lehrerfamilie, und das hat sicher seinem Leben eine Richtung gegeben, pädagogisch ein Ziel zu haben. [...] Er hat mir einmal erzählt, dass er im ersten Jahr als Religionslehrer von den Schülern zum beliebtesten Lehrer gewählt wurde. Er war sportlich, er war jung, es hat ihn natürlich gefreut, aber auch dazu bewegt zu überlegen, ob er vielleicht zu wenig von den Schülern verlangt und er hat die Zügel dann angezogen. Das ist Elmar Fischer. [...] So habe ich ihn kennengelernt und schätzen gelernt, als gradlinig mit Ausrichtung auf das Wesentliche. [...] Jemand, der die Schwierigkeiten und Probleme durchgesehen und mit Offenheit benannt hat. Er war aufrichtig und loyal. Ein sehr guter Mitarbeiter, und er war auch noch mein Freund, mit den schwierigen Aufgaben und auch auf dem Berg. Und ich bin ihm heute noch sehr dankbar.»

Bischof Klaus Küng, Auszug aus der Predigt, Feldkirch am 28. Januar 2022



Bischof Dr. Elmar Fischer während seines Vortrags bei der Konferenz «Mut zur Ethik» im September 2021. (Bild wp)

«Suche das Reich Gottes – in allem! Das andere wird dir dazugegeben»

Elmar Fischer wurde 1936 im österreichischen Feldkirch-Tisis geboren. Von 1950 bis 1955 besuchte er die Lehrerbildungsanstalt in Feldkirch; danach studierte er bis 1962 Philosophie und Katholische Theologie an der Universität Innsbruck. Im Jahr 1969 wurde er zum Doktor der Theologie promoviert. Am 29. Juni 1961 empfing er die Priesterweihe. 1970 bis 1982 war er Rektor des diözesanen Studieninternates *Marianum* in Bregenz und von 1974 bis 1990 Direktor der diözesanen *Lehranstalt für Ehe-, Familien- und Lebensberater*. Von 1979 bis 1990 leitete er das *Ehe- und Familienzentrum* der Diözese Feldkirch (EFZ). 1989 wurde er von Bischof Klaus Küng zum Generalvikar der Diözese Feldkirch ernannt. Papst Johannes Paul II. verlieh ihm am

27. Februar 1990 den Titel Päpstlicher Ehrenprälat. Im Jahr 1991 erfolgte seine behördliche Eintragung in das staatliche Register der Psychotherapeuten. Am 24. Mai 2005 ernannte ihn Papst Benedikt XVI. zum Bischof von Feldkirch. Seinen Bischofswahlspruch hatte er aus dem *Matthäus Evangelium* gewählt: «Suche das Reich Gottes – in allem! Das andere wird dir dazugegeben.»

Nach seiner Emeritierung im Jahr 2011 lebte er in Hittisau im Bregenzer Wald, wo er gemeinsam mit den Schwestern vom *Orden der Dienerinnen des Blutes Christi* ein geistliches Zentrum betrieb. Bischof Fischer hatte dem Orden zur kirchlichen Anerkennung verholfen, und die Schwestern dankten ihm dieses mit ihrer hingebungsvollen Pflege bis zum Schluss.

die verschiedenen Kongressbeiträge oft bis spät in die Nacht dauerten. Über die Jahre erschienen auch zahlreiche Beiträge von ihm in *Zeit-Fragen*. Zu ihnen gehören seine eindrücklichen Reiseberichte mit vertiefenden Reflexionen aus Guadelupe und aus Brasilien über die Arbeit seines Freundes Bischof Alfredo, der sich dort seit 1984 unermüdlich und unter schwierigsten Bedingungen der Strassenkinder annimmt und seitdem zahlreiche Sozialzentren aufbauen konnte.

Er machte sich selbst ein Bild

Der damalige Feldkircher Bischof Klaus Küng hatte seinen Generalvikar Fischer, nachdem ihm die Initiatorin von «Mut zur Ethik», Dr. Annemarie Buchholz-Kaiser, und einige Mitarbeiter das Grundanliegen der Kongresse vorgestellt hatten, gebeten, am Kongress teilzunehmen. Es war damals für uns eine sehr schwierige Zeit. Themenbereiche wie ethische Grundlagen, Werteerhalt, Familie, Bildung, Drogen, Recht waren für manche schon damals nicht «political correct», und der Kongress war anfänglich heftigsten, auch medialen Angriffen ausgesetzt.

Von dem medialen Trommelfeuer liess sich Elmar Fischer nicht beeindrucken, er machte sich selbst ein Bild, und die Inhalte der Kongresse gefielen ihm sichtlich. Bei den Jahreskongressen kam er des öfteren schon vor Beginn auf einen Kaffee in das eigens eingerichtete Café im Feldkircher *Montforthaus* und hatte Freude beim Austausch und auch an der Auswahl unter den Unmengen von selbstgebackenen Kuchen, die er dabei geniessen konnte. Ohne in den Vordergrund treten zu müssen, nahm er interessiert am ganzen Kongressgeschehen teil. Gerne erzählte der begeisterte Sportler dabei auch von seinen Erlebnissen beim Klettern, Wandern, von seinen Skitouren und Tischtennispartien. Dann hörte

er den verschiedenen Kongressbeiträgen mit grosser Aufmerksamkeit zu, bevor er seinen eigenen Beitrag einbrachte.

Wann immer es ihm möglich war, hielt er für die Kongressteilnehmer persönlich den Sonntagsgottesdienst im Feldkircher Dom.

Im Jahr 2015, beim Verlesen der Schlussfassung des «Manifestes für Europa – Wir wollen ein Europa des Friedens und des Rechts!» rief Elmar Fischer spontan und lautstark aus: «Das unterstütze ich voll und ganz.»

Reicher Erfahrungsschatz aus praktischer Tätigkeit

Er verstand es, seine Kernthemen Ehe und Familie, Jugend, Liebe, menschliche Bildung, Menschsein mit Blick auf das Weltgeschehen und mit seinen christlichen Glaubensinhalten fruchtbar zu verbinden.

Die Entwicklung des Menschen hin zu Mitmenschlichkeit (Liebes- und Lebensfähigkeit) war Elmar Fischer ein grosses Anliegen. Dabei konnte er aus dem reichen Erfahrungsschatz seiner praktischen Tätigkeit als Lehrer, Internatsleiter und Ehe-, Familien- und Lebensberater schöpfen. Bischof Elmar Fischer stand auch als Psychotherapeut und Familienberater in der Tradition der katholischen Glaubenslehre, die sich mit den weltlichen Humanwissenschaften versöhnt hat und deren Erkenntnisse über den Menschen zum Wohle der Ratsuchenden anwendet. «Person – umfassende Wertschätzung des Menschseins» lautete sein Vortrag bei «Mut zur Ethik» im Jahr 2017: «Da denke ich, ist es einfach das Glück, wenn wir aus unserem Glauben heraus wissen, wir haben eine Ideologie, die Menschen zusammenführen kann, ohne Ungerechtigkeiten, natürlich mit den Schwierigkeiten, die es geben kann. Aber letzten Endes mit der Ausrichtung, dass wir auf Augenhöhe miteinander umgehen und dass wir auf diese Art und Weise

«Etwas, was Elmar sehr zu eigen war, war sein Humor»

«Es ist mir ein persönliches Anliegen, Bischof Elmar noch danke zu sagen. Die erste Begegnung, die ich mit ihm hatte, war, als ich zehn Jahre alt war und als ein mit Heimweh belasteter Schüler im Marianum war, als er Rektor war und dort das Internat leitete. [...] Ich habe mich vorher da drüben beim Grab an verschiedene Situationen erinnert, die wir miteinander durchgegangen sind, ganz schöne, aber auch manche, die für uns beide nicht ganz einfach waren in diesen Jahren. Aber etwas, was Elmar sehr zu eigen war, war sein Humor. Es hat kaum Situationen gegeben, wo es nicht irgendwo doch noch etwas gegeben hat, was eine Situation auch aufgelockert hat, was das gemeinsame Weitergehen ermöglicht hat. [...] Er war ein Mensch, der sehr versucht hat, die Dinge zu verstehen, das Leben zu verstehen, die Theologie zu verstehen, die Psychologie, die Haltung des Menschen zu verstehen.»

Bischof Benno Elbs, persönlicher Dank, Feldkirch 28. Januar 2022

auch eine Gesellschaft bauen können, die ohne grosse Kriege auskommt, sondern mit Verhandlung, mit Dialog und mit diesen Mitteln die Ungleichheiten auseben kann. Das wir auf diese Art und Weise die Möglichkeit haben, eine Welt zu schaffen, die dem Frieden dient und die auf Frieden hin orientiert ist. Von daher möchte ich auch aus meiner Sicht und meiner Erfahrung wieder darauf hinweisen: Diese Tagung, die hier stattfindet, die immer wieder diese Ausrichtung hat, die dient diesem Ziel und hat damit eine weltweite Bedeutung, eine weltgeschichtliche Bedeutung. Es ist das ein ganz wesentlicher Beitrag zu dem, was die heutige Welt überlebensnotwendig braucht.»

Bischof Fischer war über die vielen Jahre fachlich und menschlich eine grosse Stütze und Bereicherung unserer Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik», wofür wir ihm von ganzem Herzen danken. Sein Andenken werden wir ehren.

Dialog leben!

«Dialog verlangt persönliches Engagement. Es geht in diesen Gesprächen immer darum, den eigenen Standpunkt verständlich und in Offenheit dem anderen mitzuteilen, ohne Voreingenommenheiten die Meinung des anderen aufzugreifen, Unterschiede und Übereinstimmungen zu klären, mit Meinungsverschiedenheiten so umzugehen, dass sachliche Differenzen die menschliche Wertschätzung nicht untergraben, dass auch menschliche Haltungsunterschiede noch mit Respekt bearbeitet werden, letztlich die Wahrheit von den Gesprächspartnern gesucht wird.

Dialog ist ein Umgang miteinander, der uns als Menschen ganz fordert. Er darf nicht etwa nur Gesprächs- oder Kommunikationstechnik sein, nicht «Mittel zum Zweck». Gerade deshalb ist er immer in der Tiefe eine Anfrage an das Menschenbild, gerade wenn er Konflikte zum Frieden wenden soll, wenn Meinungsverschiedenheiten nicht überwunden werden können.

Dialog leben braucht Einsatz, Engagement. Er schafft jedoch Sinn, bringt Werte, trägt deshalb in sich die aufbauende Energie echter Menschlichkeit.»

Aus dem Vortrag von Bischof Elmar Fischer am Kongress «Die Menschen stärken – Demokratie, Werte, Erziehung und Dialog leben» vom 3. bis 5. September 2004 in Feldkirch/Vorarlberg